

Bezugspreis:

Für den Monat Juni 1923 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 2600 M., für das übrige Ausland 11600 M. Postbezugspreis frei in die h. d. Postbezugsstellen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einspaltige Standardzeile kostet 2500 M. Restzeile 1250 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 800 M. (zulässig zwei festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 400 M. Stellegen für das erste Wort 400 M., jedes weitere Wort 250 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 2500 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 9. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Postcheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Dickschloß-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Meinungsaustausch London-Paris.

Paris, 8. Juni. (WTB.) Ueber die weitere Behandlung der gestern überreichten deutschen Vorschläge seitens der französischen Regierung schreibt das „Journal des Debats“, offenbar beeinflusst, obwohl man noch keine Erklärungen abgegeben habe, könne man annehmen, daß ein Meinungsaustausch mit dem britischen Kabinett erfolge. Die Frage, ob eine alliierte Antwort nach Berlin gerichtet werde, bleibe unsicher. Ein alliiertes Schritt scheint nur dann möglich, wenn die englische Regierung von jetzt ab mit der französischen und der belgischen Regierung einig wäre, die vorherige Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen. In London scheint man anzunehmen, daß die deutsche Note hinsichtlich der finanziellen Pfänder gewisse neue Vorschläge enthalte, die in gewisser Beziehung festgehalten werden könnten. Jetzt handele es sich darum, festzustellen, ob der belgisch-französische Standpunkt einerseits und der britische andererseits miteinander vereinbar seien. Es sei wahrscheinlich, daß die französische Regierung dem englischen Kabinett sehr offen bekanntgeben werde, wie sie die Lage auffasse.

England hat es nicht eilig.

London, 8. Juni. (WTB.) Wie Reuters erfährt, wird in amtlichen Kreisen noch immer völliges Stillschweigen bezüglich des deutschen Angebots gewahrt, eine Kabinetts-Sitzung ist zu heute noch nicht einberufen worden; und es ist sogar möglich, daß eine Sitzung, in der die Lage besprochen wird, nicht vor nächster Woche abgehalten werden wird. Die vorherrschende Auffassung geht dahin, daß die Reparationsfrage so lange unerledigt geblieben ist, daß der Versuch, eine eilige Entscheidung herbeizuführen, nutzlos und unklug wäre. Man ist der Meinung, daß zunächst zwischen den Alliierten ein erschöpfender Gedankenaustausch stattfinden müsse. Der Schlüssel zu der ganzen Lage liege natürlich in Paris, und ein Gedankenaustausch mit der französischen Regierung werde voraussichtlich sofort eingeleitet werden. In der Zwischenzeit werde das deutsche Memorandum von den Sachverständigen sorgfältig geprüft werden.

London, 8. Juni. (WTB.) Wie Reuters erfährt, wird in amtlichen Kreisen noch immer völliges Stillschweigen bezüglich des deutschen Angebots gewahrt. Eine Kabinetts-Sitzung ist zu heute nicht einberufen worden, und es ist sogar möglich, daß eine Sitzung, in der die Lage besprochen wird, nicht vor nächster Woche abgehalten werden wird. Die vorherrschende Auffassung geht dahin, daß die Reparationsfrage so lange unerledigt geblieben ist, daß der Versuch, eine eilige Entscheidung herbeizuführen, nutzlos und unklug wäre. Man ist der Meinung, daß zunächst zwischen den Alliierten ein erschöpfender Gedankenaustausch stattfinden müsse. Der Schlüssel zu der ganzen Lage liege natürlich in Paris, und ein Gedankenaustausch mit der französischen Regierung werde voraussichtlich sofort eingeleitet werden. In der Zwischenzeit werde das deutsche Memorandum von den Sachverständigen sorgfältig geprüft werden.

Ein offizieller französischer Kommentar.

Paris, 8. Juni. (Gca) Der „Temps“ beschäftigt sich in einem hochoffiziellen Leitartikel mit dem deutschen Memorandum. Er beschäftigt sich zunächst darüber, daß die deutsche Regierung sich nicht um die Entscheidung der Alliierten bekümmert habe, nämlich daß kein deutsches Angebot vor Aufgabe des passiven Widerstandes auch nur geprüft werden würde. Deutschland habe bei seiner Note nur an England gedacht. Wenn die englische Regierung das deutsche Angebot, das nicht von der Einstellung des Widerstandes spricht, als eine annehmbare Basis für Verhandlungen betrachte und Frankreich auffordern würde, sich bereits jetzt über diesen oder jenen Punkt der deutschen Note auszusprechen, dann würde England automatisch in das gleiche Lager wie Deutschland geraten.

Alsdann wendet sich das Blatt dem sachlichen Inhalt der deutschen Vorschläge zu. Es ist bemerkenswert, daß es zugibt, daß die deutsche Note in der Frage der Garantien einen merklichen Fortschritt bedeute. Zunächst jedoch weist der „Temps“ den Gedanken einer internationalen Kommission für die Festsetzung der deutschen Leistungen zurück. Der dritte Gedanke, den Cuno ausgesprochen habe, sei, daß Deutschland baldmöglichst die schriftliche Diskussion in eine mündliche umformen wolle. Dieser Vorschlag erinnere an die Friedensangebote, die die deutsche Regierung während des Krieges von dem Augenblick an gemacht habe, an dem es begriffen habe, daß der Sieg ihr entgegen müsse. Auch damals habe es sich darum gehandelt, zu Verhandlungen zu kommen, ohne daß von vornherein Konzessionen oder Garantien genauer angegeben worden seien.

Hinsichtlich der Garantien, die Deutschland vorschlägt, führt der „Temps“ aus: Man könne nicht behaupten, daß Deutschland Pfänder anbieten kann. Es liege in seiner Absicht, die neuen Einnahmequellen, von denen es spricht, in seiner Hand zu behalten. Aber es verspricht den Alliierten ein Vorrat auf die Einnahmen der Eisenbahnen, auch die Zahlungen der Industrie usw. Die deutsche Note gäbe hier zwar nicht mehr, als was den Alliierten nach dem § 248 des Versailler Vertrages zustehe. Aber sie gäbe zu und das müsse man anerkennen, daß der Artikel 248 praktisch angewandt

werden kann. Bei dem Stand der deutschen Finanzen könne man aber allerdings noch nicht sagen, welches Erträgnis dieses Versprechen haben werde.

Der „Temps“ zieht dann folgende Schlussfolgerungen: Die deutsche Regierung müsse alles im unbefestigten Deutschland tun, um diejenigen Einnahmen zu erzielen, die sie für die Zahlung der Reparationen aufzumenden gedenkt. Die Alliierten ihrerseits würden sich bemühen, die gleichen Einnahmen in den besetzten Gebieten zu schaffen und einzuziehen. So werde Deutschland Zeit und die Alliierten Pfänder haben. Aber es sei selbstverständlich, daß der passive Widerstand aufhören muß.

Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

Paris, 8. Juni. (WTB.) Die Agentur Havas teilt mit, daß die Botschafterkonferenz nach mehrfach vergeblich um ihr unternehmen Schritte gestern einmütig beschlossen habe, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß die interalliierte Militärkontrolle in Deutschland wieder aufgenommen werden müsse. Sie werde Deutschland auffordern, alle Maßnahmen zu treffen, um diese Tätigkeit zu erleichtern und zu verhindern, daß es durch das Verhalten der deutschen Beamten wie der deutschen Bevölkerung zu Zwischenfällen kommt. Eine Note in diesem Sinne sei bereits heute nachmittags dem deutschen Geschäftsträger in Paris übergeben worden.

Elberfeld, 8. Juni. (Eg. Drahtbericht.) In der Nähe von Gelsenkirchen wurden Deutsche überrascht, die im Begriff waren, die Brücke am fiskalischen Hafen am Rhein-Herne-Kanal bei Dellwig zu sprengen. Die Franzosen eröffneten ein lebhaftes Gewehrfeuer. Sie verwundeten eine und verhafteten zwei Personen. Auch hier soll wieder Verrat auf deutscher Seite mitgespielt haben.

Der Metallarbeiterstreik ist beigelegt.

Faschistenverschwörung gegen Mussolini

Mailand, 8. Juni. (E.N.) Einiges Aufsehen erregt in Mailand die plötzliche Verhaftung des Majors Baleggio und mehrerer anderer Mitbegründer der faschistischen Bewegung, die erst vor einiger Zeit wegen Meinungsverschiedenheit aus der Partei austreten mußten. Unter den Verhafteten befindet sich ein ehemaliger Angestellter des „Popolo d'Italia“ und Freund des Ministerpräsidenten. Sie hielten oft geheime Versammlungen ob und entfalteten eine der Regierungspolitik widersprechende Propaganda. Das Vorgehen Mussolinis wurde von ihnen kritisiert und behauptet, der Faschismus sei entstanden, um die Republik und Diktatur zu verwirklichen. Später habe er diese Ideale verraten, um sich auf die Monarchie zu stützen. Mit der neuen Bewegung wollte man vom Ministerpräsidenten die Rückkehr zum republikanischen Ideal verlangen und erhob für den Weigerungsfall auch Drohungen. Da die Bewegung Verzweigungen in anderen Städten haben soll, wurden auch in Rom Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Verhafteten wurden ins Gefängnis abgeführt und wegen Verschwörung gegen den Staat angeklagt. In Ferrara ist bei dem früheren Abgeordneten Ceatelli eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Ceatelli wurde zur näheren Aufklärung nach Mailand übergeführt. Es wurden Statuten und Programme für die Gründung einer neuen nationalen Bewegung vorgefunden, deren Sitz in Mailand war.

Nachspiel zum Foch-Besuch.

Prag, 8. Juni. (Eigener Bericht.) Vor einigen Tagen veranfalteten bezeichnenderweise die Merikalen tschechischen Studenten eine Protestversammlung gegen ihre fortschrittlichen Kollegen, weil diese die Beteiligung am Empfang des Marschalls Foch abgelehnt hätten. Die fortschrittlichen Studenten zogen in starker Zahl zu jener Versammlung. Polizei verwehrte ihnen den Zutritt, worauf sie eine eigene Versammlung abhielten. Diese wurde aber plötzlich von der Polizei in brutaler Weise auseinandergeprengt, wobei selbst die Hilfeleistung für Verwundete gehindert wurde. Als jedoch die Foch-Enthusiasten nachher über den Benzenplatz zogen und Passanten, die bei ihrem Gesang den Hut nicht abnahmen, gepöbeln wurden, rührte sich die Polizei nicht.

Kun ist gegen die Polizisten, die schwerer Brutalität und reaktionärer Parteilichkeit beschuldigt werden, eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet, aber auch gegen einen Studenten, der bei der Hilfeleistung für einen Verwundeten äußerte, die Polizei habe wohl ein Gesetz zur Tötung von Menschen. Dieser Student wird der Verletzung des Republikanengesetzes beschuldigt; er ist Nationalsozialist, also Parteigenosse des Außenministers Dr. Beneš.

Eine Interpellation im Abgeordnetenhaus, die vom Präsidium zum Teil abgelehnt wurde, fordert u. a. die Freilassung des verhafteten Studenten.

Ein Redakteur der „Rollen Jahne“ verhaftet. Heinz Neumann, in dem die Polizei einen der Urheber des Zusammenstoßes zwischen Kommunisten und italienischen Faschisten vermutet, ist im Ruhrgebiet verhaftet worden und soll nach Berlin überführt werden.

Lernt von Italien!

Von G. C. Modigliani-Rom Mitglied der italienischen Deputiertenkammer.

Es ist so oft gesagt und wiederholt worden, daß der italienische Faschismus für die gesamte europäische Bourgeoisie eine Lehre gewesen ist, daß die Frage durchaus am Platze ist, ob denn die europäischen Sozialisten nichts aus dem Schicksal des italienischen Sozialismus zu lernen haben. Zumal die Niederlage des italienischen Sozialismus sich unter ganz besonderen Verhältnissen vollzogen hat.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hatte das europäische Proletariat — besonders in Frankreich und in England — seinen eigenen endgültigen Aufschwung für möglich und sogar für nahe bevorstehend gehalten. Aber das waren nur Illusionen, die durch nichts gerechtfertigt waren. Der Mangel an Organisation war derart, daß es leicht möglich gewesen sein würde, die Niederlagen des Proletariats voraussehen, wäre nur der kritische Sinn des Sozialismus ebenso stark entwickelt gewesen wie sein revolutionärer Drang.

Im Gegensatz hierzu hatte der italienische Sozialismus in der Nachkriegszeit eine unbestreitbare Stärke erreicht. Fast zwei Millionen Stimmen bei den Wahlen und fast drei Millionen Gewerkschaftsmitglieder, 156 von insgesamt 508 Abgeordneten, beinahe 2000 von insgesamt 8000 Gemeinden in seinen Händen, — das waren die Elemente einer Kraft, die nicht zu verachten war und die jedenfalls erst nach einem zweijährigen Kampfe niedergerungen werden konnte, den das italienische Proletariat nicht allein gegen die Faschisten, sondern auch gegen den gesamten staatlichen Apparat führen mußte, der sich immer offener auf die Seite des Faschismus stellte. Es ist also nicht der Mangel an Kraft, der die Erklärung für die Niederlage des italienischen Sozialismus liefert.

Und man behaupte nicht, diese Kraft sei keine reale gewesen! Ich weiß wohl, daß sie nicht ganz so real war wie jene, die der deutsche Sozialismus oder die englische Arbeiterbewegung nach einem halben Jahrhundert Schwierigkeiten und Kämpfen errungen haben; ich weiß wohl, daß in den letzten dreißig Jahren der Widerstand der Bourgeoisie in Italien mehr blutig als wirksam gewesen ist, aber man darf nicht vergessen, daß die italienische Bourgeoisie ihrerseits ebenfalls viel schwächer war als die Bourgeoisie Nordeuropas. So bedeutete die Besiegung des italienischen Sozialismus die Niederlage einer zwar jungen, jedoch verhältnismäßig starken Organisation.

Man muß daher den Mut haben, zu erklären, daß die Niederlage des italienischen Sozialismus weit mehr die Folge einer Reihe von taktischen Fehlern war, als eines tatsächlichen Mangels an Kampfmitteln. Man wollte zu viel erreichen. Man hatte zu weitgehende Programme. Und als es immer noch Zeit gewesen wäre, sich Selbstbeschränkung aufzuerlegen, die Kampffront zu verkürzen, hat man dies versäumt.

Denn gerade infolge der Leichtigkeit, mit der sich die Entwicklung des italienischen Sozialismus vollzogen hatte, dachten seine Führer, daß es ebenso leicht sein würde, auf diesem Wege und in diesem Tempo fortzufahren und vorwärtszuschreiten, auch gegen die letzten Bollwerke des kapitalistischen Regimes! Jedesmal, wenn auf dem rechten Flügel der Partei eine mahnende, warnende Stimme ertönte, wurde ihm die „russische Revolution“ entgegengehalten — und damit war der Fall erledigt! Man wollte all dem keinen Glauben schenken, was allmählich über die wahre Entwicklung der russischen Revolution durchsickerte; man erkannte nicht, daß sie alles verwickelte, bis auf das eine: die Niederwerfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und es wurden bei jeder Gelegenheits-Resolutionen angenommen, die nur eine einzige „Lösung“ zuließen: „Sowjets bilden!“

Und wenn jemand versuchte, begrifflich zu machen, daß sich die Bourgeoisie zwar weniger entschlossen gegenüber „Reformen“ zeigen, daß sie sich aber ganz anders verhalten würde, wenn ihr Allerheiligstes, das Privateigentum, angetastet wäre, so konnte er noch heifroh sein, wenn man sich damit begnügte, ihn auszulachen!

Die Kraft des italienischen Sozialismus reichte mindestens aus für eine Politik der Befestigung der Freiheiten, der demokratischen Erneuerung des Staates, der Verankerung und des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung; sie reichte mindestens aus, um in der auswärtigen Politik alle internationalen Anstrengungen gegen die falschen sogenannten Friedensverträge zu unterstützen.

Aber all das war nicht „revolutionär“ genug. Es wurde als „Reformismus“ verfahren und verworfen. Ja, noch mehr: dieses abgelehnte Programm wurde verleumdet und alle „guten Genossen“ vom marginalistischen

Der Reichstagsdebatte zweiter Tag.

Bürgerliche Redner.

Der zweite Tag der Aussprache über die Interpellation der Sozialdemokratie war im großen und ganzen eine Enttäuschung. Mit Ausnahme der Rede des Demokraten Dernburg boten die bürgerlichen Parteien so wenig Geist und Sachkunde auf, daß die Debatte stundenlang ohne jeden Eindruck auf das schwachbesetzte Haus hinfälligkeit. Der Zentrumsmann Peter Schlaack, ein Führer der christlichen Genossenschaften, hielt eine Rede, die er nach allen Seiten gerecht abzuwägen versuchte, die aber doch mehr zu einer Entschuldigung der kapitalistischen Wirtschaftsmethode als zu einer genügenden Kritik der jetzigen Zustände wurde. An sachlichen Besserungsvorschlägen war auch er sehr schwach. Er regte einen gesellschaftlichen Boykott der Wucherer an, verlangte ein Verbot des Ankaufs und Verkaufs von Devisen, sowie es sich um reine Geldgeschäfte handle und glaubte im übrigen, sobald die Geldentwertung aufhöre, werde sich zeigen, daß die Steuern allgemein übertrieben seien. Schlaack schloß mit einer Einladung an die Sozialdemokratie, in die Reichsregierung einzutreten; sonst habe sie jedes Recht verloren, die anderen zur Verantwortung zu ziehen.

Der deutschsozialistische Mittelständler Findeisen verstärkte diesen Ruf nach der Mitregierung der Sozialdemokratie. Man hörte nichts mehr von jenem Wahlsprüchelein:

„Von roten Ketten macht euch frei
Alein die Deutsche Volkspartei!“

Diese bürgerlichen Reichstagsreden sind ein Beweis dafür, wie stark manche dieser Herren zu der Erkenntnis ihrer begrenzten Regierungsfähigkeiten gekommen sind. Die Sozialdemokratie entscheidet natürlich selbst, ob sie in die Regierung eintritt oder nicht. Das ist für sie immer nur die eine Frage, ob sie innerhalb oder außerhalb der Regierung der großen ehrlich arbeitenden Volksmasse wertvollere Dienste leisten kann.

Eine herausfordernde Rede trug der Deutschnationale Wienbeck vor. Nichts hörte man von ihm über die Steuerlabotage der Besizenden, nichts über das Versagen bei der Dollaranleihe, sondern nur heftige und verletzende Angriffe auf die Sozialdemokratie. Unsere Partei, nicht die Wucherer und Schieber, zerstöre die Front an der Ruhr. Der armen Schwerindustrie geht es nach diesem deutschnationalen Redner schlecht und anderen kapitalistischen Schichten noch schlechter. Damit war schon an den Reichsfinanzminister die Mahnung gerichtet, mit seinen verschärfenden Steuerplänen zurückhaltend zu sein.

Eine Rede, die wenigstens Sachkunde verriet, war der Vortrag des Demokraten Dernburg. Aber auch aus seinen Darlegungen war die Sorge zu entnehmen, daß die angekündigte Steuervorlage zu weit gehen könnte. Dernburg behauptete, bei keiner Schicht des Volkes sei das reale Einkommen im Verhältnis weniger gesunken als bei den Arbeitern! Den Vorwurf einer Minderung der Qualitätsarbeit und einer Schleuderkonturrenz der deutschen Industrie im Auslande wies er zurück. — Der bayerische Volksparteileiter Emminger machte die sächliche und die thüringische Regierung stark verantwortlich für die inneren Zustände Deutschlands, und der kommunistische Redner ließ die übliche Walze laufen: Nicht nur der Kapitalismus, sondern die „schwächliche und verräterische“ Koalitionspolitik der Sozialdemokratie hat an dem Unheil des deutschen Volkes große Schuld. Kaum ein Duzend Abgeordnete hielt den kommunistischen Redensarten stand. Die eigene Partei des Redners war nur durch drei Mann vertreten. Dann wurde die Aussprache auf heute, Sonnabend mittag, vertagt. Für unsere Fraktion wird Genosse Robert Schmidt in seinem Schlußwort sich mit den bürgerlichen Einwänden gegen unsere Forderungen beschäftigen.

Die fortschreitende Teuerung.

In der ersten Juniwoche hat sich eine abermalige Verteuerung der Haushaltungskosten vollzogen. In der abgelaufenen Woche (beginnend mit Sonnabend, den 2. Juni, und endend mit Freitag, den 8. Juni) verteuerten sich nach den Berechnungen der „Industrie- und Handelszeitung“ die Lebenshaltungskosten einer viertköpfigen Arbeiterfamilie um 19 Proz. gegenüber der Vorwoche von dem 499fachen auf den 589fachen Vorkriegsstand in der Berichtswache.

Die bayerischen Skandale.

Die in Bayern gewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten traten gestern, Freitag, zusammen, um die Vorgänge in Feucht, die Verbote sozialdemokratischer Zeitungen, die Rede des Innenministers Schwegler im bayerischen Landtag und die das bayerische Kabinett kompromittierenden Feststellungen im Verlauf des Prozesses Fruchs-Machhaus zu besprechen. Es herrschte vollkommene Uebereinstimmung, daß diese bayerischen Fragen, die auch für die Reichspolitik und die Beziehungen Deutschlands zum Ausland von höchster Bedeutung sind, im Reichstag so schnell wie möglich besprochen werden müssen.

Ueber das wüste Vorgehen der bayerischen Regierung, die zu einem entschlossenen Kampf gegen die Arbeiterschaft auszuholen scheint, meldet uns unser Münchener Korrespondent:

München, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Infolge des Verbotes der „Münchener Post“ kaufte der Verlag Birk u. Co. von dem „Bayerischen Wochenblatt“, das seit zwölf Jahren im Verlag Gerhard Kuer erscheint, Nummern, um sie den Lesern der „Münchener Post“ zuzustellen, damit sie über die politischen Tagesereignisse notdürftig unterrichtet sind. Donnerstag nachmittag erschien ein Polizeiaufgebot in den Räumen von Birk u. Co., unterband das Weitererschienen des „Wochenblattes“, beschlagnahmte dessen Matrizen und wollte die Rotationsmaschinen von Birk u. Co. plombieren. Auf den Einwand, daß diese Maschinen auch zur Herstellung anderer Arbeiten im Betriebe gebraucht würden, unterließ die Verriegelung. Statt dessen aber werden seit Freitag früh der Rotationsmaschinenraum und die darin auszuführenden Arbeiten von Polizeimannschaften überwacht. Am Donnerstagabend beschäftigte sich das „Graphische Kariell München“ mit dieser Angelegenheit. In der dabei gefaßten Entschliessung wird mit Entrüstung von dem Vorgehen der Polizei Kenntnis genommen und weiterhin erklärt, daß die Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes nach wie vor auf dem Standpunkt absoluter ungehinderter Pressfreiheit steht, ganz gleich, welche Tendenz den Organen innewohnt. Gerade die Arbeiterschaft Münchens fordert deshalb sofortige Aufhebung der Zeitungsverbote und ist entschlossen, im Bernalungsfalle für alle übrigen Zeitungen sofort die entsprechenden gewerkschaftlichen Konsequenzen zu ziehen.

München, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Anlässlich der Beratung des Etats für das Ministerium des Innern hielt Minister Schwegler heute seine Etatsrede, in der er auch auf die vielfachen Angriffe der Sozialdemokraten gegen ihn teilweise antwortete. Dabei sagte er u. a.: Wegen der Vorgänge am 1. Mai ist ein Ermittlungsverfahren bei der zuständigen Staatsanwaltschaft anhängig, und zwar sowohl nach der Herkunft der Waffen aus Obermiesfeld wie wegen des von General v. Tutschek herausgegebenen Befehls. Mit der Beschäftigung von Frau Dr. Kempf im Zirkus Krone bei der nationalsozialistischen Versammlung ist die Staatsanwaltschaft beschäftigt. Das Strafverfahren ist gegen 80 Nationalsozialisten wegen Amtsanmaßung und andern in der Schwebe.

Das Verbot der „Münchener Post“ ist deswegen erfolgt, weil dieses Blatt wiederholt Artikel veröffentlichen wollte, die dem

Standpunkt der guten Beziehungen zum Ausland außerordentlich bedenklich erscheinen

müssen. Dies gilt besonders von dem Artikel am 4. Juni „Aus dem Sumpfe der Nationalaktivitäten“, der die Grenze dessen, was von der Regierung geduldet werden kann, so erheblich

Flügel nahmen für bare Münze alle Verdrehungen und Torheiten, die von den bürgerlichen Gegnern des Sozialismus gegen diejenigen Führer erfunden und verbreitet wurden, die öffentlich für eine „rechtssozialistische“ Politik eintraten. So daß auch hierin die Extremisten des Sozialismus, wenn auch ohne es zu wollen, in die Hände der Extremisten der Reaktion arbeiteten; sie waren ihnen dabei behilflich, jeden Versuch zu verhindern, die Forderungen und den Kampfsgeist der Massen in die Bahn eines großen Versuches demokratischer, sozialer und pazifistischer — also im wahrsten Sinne des Wortes: sozialistischer — Erneuerung zu lenken. Wohl hat man — sogar auf maximalistischen Kongressen — seither, jedoch zu spät, erkannt, daß bei einer „rechtssozialistischen“ Politik schon das Signal zum Angriff bereits den Sieg bedeutet haben würde. Aber die sozialistischen Heeresmassen kämpften auf einer anderen Front. . . . Oder vielmehr: sie warteten darauf, daß der maximalistische Generalstab seinen großen Sowjetplan fertigstelle! Und sie warten heute noch darauf. . . .

Dem auf einmal betamen es die italienischen Kapitalisten mit der Angst zu tun, angefangen mit den Agrariern Norditaliens und der Toscana, und gingen zum Gegenangriff über.

Die geschichtlichen Ereignisse hier zu schildern, ist wohl überflüssig. Ich habe während meines Aufenthalts in Deutschland festgestellt können, daß man sie hier genügend kennt.

Der Faschismus war und ist also nichts anderes als der Aufstand des italienischen Kapitalismus gegen eine Revolution, die nicht erfolgte und gegen ein demokratisches Durchdringen des Proletariats, das dagegen sehr wohl hätte erfolgen können.

Nun, mögen die Sozialisten aller anderen Länder auf ihrer Hut sein: wenn sie es nicht verstehen, das zu tun, was möglich ist, um in der inneren Politik die durch das Proletariat eroberten Majoritäten zu halten und auszubauen und in der auswärtigen Politik den Frieden zu erzwingen, dann können sie sich auf den Gegenangriff der Reaktion gefaßt machen. Und selbst wenn ihnen dann das Schicksal des italienischen Sozialismus erspart bleibt, werden sie in diesem Gegenstoß keinen Anlaß zur Freude finden.

Wer sich ein Ziel steckt, das erreichbar ist, der verzichtet damit noch lange nicht auf die Zukunft. Aber wer nur auf das „Morgen“ blickt, ohne jede Rücksicht auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten von „heute“, der verurteilt sich selbst zur Ohnmacht für heute und für morgen. Lernet von Italien!

Es wäre natürlich verfehlt, aus dem italienischen Beispiel die Lehre einer grundsätzlichen Scheu vor der Tat zu ziehen. Es gilt aber, die Vorteile eines vorübergehenden taktischen Verzichtes mit den Nachteilen einer möglichen Niederlage richtig abzuwägen. Daran erkennt man eben, ob ein politischer oder organisatorischer Führer der Arbeiterklasse auch wirklich staatsmännliche Fähigkeiten besitzt. Es können wohl Situationen eintreten, in denen gehandelt werden muß, wenn man nicht Gefahr laufen will, von den Gegnern überrollt zu werden. Und der europäische Sozialismus würde sich vielleicht noch schlimmeren Gefahren aussetzen als der italienische, wenn er nicht fähig wäre, sich ein Aktionsprogramm zu geben und danach zu handeln.

Aber in Italien ist der Sozialismus besiegt worden, weil er in einem ersten Stadium den Kapitalismus durch die Drohung einer Revolution aufrüttelte, die nicht kam, und weil man in einem weiteren Stadium sich nicht schnell genug zu einer positiven demokratischen Politik entschließen konnte, die zwar auf jede revolutionäre Phrasologie verzichtet und manche Kompromisse erfordert hätte, durch die es aber zweifellos möglich gewesen wäre, den faschistischen Gegenangriff zu verhindern.

Und deshalb noch einmal: Lernet von Italien.

Oesterreichische Musikwoche.

Von Dr. Kurt Singer.

Es ist Dank zu sagen für diese drei Abende der Anregung. Das Ende der Saison bringt noch soviel gute Trümpfe, daß das Spiel gewonnen scheint; man nimmt nun in Ruhe und Freude Abschied. Der behäufte, großartig führende Dirigent Paul Bella zeigte uns die Wiener Auffassung der 8. Mahler'schen Sinfonie (über deren Licht und Schatten hier schon oft gesprochen wurde), zeigte, daß alles an diesem Werk in der Konzentration des kleinen Raumes gewinnt, daß die Kolossal-Aufmachung den Feinheiten und überlichen Eindrücken der Sinfonie Abbruch tut. Am zweiten Abend Kowalsky. Vorher padie einen das Orchester. Hinterher hatte man es nicht geleert. Sicher nicht bei den Orchestermitgliedern Bittners, die ebenso fähig und singlich, wie leicht und rückwärtschauend sind (von der Gattin Emilie Bittner aber mit dem menschlichsten wahrhaftigsten Ausdruck geknüpft wurden). Dann Schönbergs Kammermusik. Wir kennen sie auch von den Konzerten der Volksbühne her. Ihr eigentümlicher, großer Reiz ist die wechselvolle, fähig erlauchte und bewungene Farbe der Instrumente, ist die absolute sichere, geradlinige, vor nichts an Richtung zurückweichende Führung selbständiger Stimmen. Das alles ist verwischt, undeutlich in der Klarverarbeitungen von Eduard Steuermann. Als Spieler, als Arrangeur ein Wundermensch, ein Gehirn-Fabelwesen (vom Schläge Erdmann); doch mußte kritischer Blick die Arbeit im Reim erkennen. Zemlinskis Meisterlied-Vieder schienen mir der größte Gewinn des Abends, vielleicht der ganzen Musikwoche zu sein. Schnelheit und Innerlichkeit trängen in diese wunderbaren Musik-Poesien hinein, im Klang etwas Feierliches, Außergewöhnliches; von Mahler her leuchtet das Kalorit, aber ein eigener, ein-sonniger, im Zwielicht doppelt leuchtender Kopf schreibt Weifen von Melancholie und des Aufschwungs, des Gebeugtheits und des Aufbrauens. Frau Hüni-Miharsel deutete die Seele der Vieder hübsch aus. Orchesterstücke von Berg und Webern beendeten das Programm.

Zuletzt aber kamen die lang erwarteten Gurre-Vieder Schönbergs. Den Ultra-Modernen muß diese breit gebehrte Viederreihe vorkommen wie eine vorfindliche Eingebung; den Unmodernern wird sie Kabal. Alle empfinden weltliche Rängen und erheben sich an Schönheiten, die von anderer Welt zu kommen scheinen, etwa die Klage der Waldtaube. Dieses legendäre Spiel von Jacoben ist innerliche Kunst, Bindung von Liebesgriff und Balladen, von Epos und dramatischen Lichtern. Um die Liebe des Königs, um den Tod der Geliebten, um die eiterliche Fahrt und die Mannes-Gefänge der Gurre-Deute geht der Text. In der Musik, die vor 25 Jahren entstand, benehnt sich der junge Mahler mit dem alten Wagner. Ja, das Rabelgeren- und Meisterfingern, das Tristan- und Lammhüter-Melos dominiert. Die Ausgestaltung des Orchesterklangs ist glanzvoll, prunelnd, die Unterhaltung monologischer Ueberlegungen, triebhafter Leidenschaften, naturgemäßer Entlohnungen der Poesie ist von einem großen technischen Meister bis in die kleinsten Details der tonpoetischen Malerei durchgeführt. Das Werk hat ein ungeheures, glänzendes Pathos, es hat selbst im Rhythmus Farben magischer Kraft, das Weltmotto klingt wie im Drama auf, und Spannungen, die sinfonischen Gebilden sonst fremd

sind, Ekstasen, Ausbrüche, Generalpausen, Jagden des Bluts und der brutalen Gemalt wirbeln zusammen, um ein fesselndes, auch angreifendes Musikwerk zu stützen. Dennoch: die Gurre-Vieder sind mehr breit als tief, mehr sinnlich, als geistig, mehr ein Werk von vorgestern, als von übermorgen. Die Gebärde ist die eines großen Mann mit Mantelmur, rollenden Augen, schmeitenden Linien, die Theatersprache macht aus Szenen des verinnerlichten Vortrags äußerlichen Glanz, Pomp und spielerische Verbeimtheit. Das alles ist wirksam, höchst wirksam, also wirksam. Und zwischen wahren Eingebungen des Genies liegen Stroden von äußerlich zeichnender Musik, die in das Reich des Komponisten zu laden scheinen mit dem Ruf: Hereinpaßer! Die Ausführung leitete Salowecz äußerlich mit knapper Beherrschung auf das Wesentliche an, Einfachheit, Temp, Stellungen. Innerlich ist er mit Sinn und Wesen der Vieder (die einen Riesens-Publikums-Erfolg brachten) ganz vertraut. Hätte er drei Proben mehr gehabt, die Darbietung wäre von allerhöchstem Rang gewesen. Man darf ihm für seine aufopfernde Hingabe an seinen Lehrer danken; desgleichen dem bescheiden absetzenden Bruno Kitzel, der seinen Chor wieder minutiös einstudiert hatte. Es war nicht keine Schuld, daß die rasenden Orchesterwogen das Manneschaft beinahe fortgespült hätten im Klang-Organismus! Von den Solisten nenne ich nur die aller-vornehmste und stillste sicherste Frau Cahler, die eindringliche, frei und stolz dahinschwebende Stimme von Frau Bindernagel, den musikalischen, schnell einbringenden Georg A. Walter und den vorzüglichen, Partitur sprechenden Schauspieler Kitzsch aus Wien.

Reinhardt's Wiederkehr. Wie einige Blätter zu melden wissen, wird im kommenden Winter in Berlin ein neues Theater eröffnet werden, dessen Gebäude neben dem „Theater am Kurfürstendamm“ liegt und dessen Erbauer Oskar Kaufmann ist. Es soll sich um einen kleinen intimen Bühnensaal nach Art der Tribüne handeln. Dieses Theater ist — wie ein Mittagsstück zu wissen meine — bereits von Edmund Reinhardt gepachtet worden, der die künstlerische Leitung seinem Bruder Max anvertrauen wird. Max Reinhardt will hier neue Ideen, die er in Amerika empfangen hat, in eigenen Inszenierungen verwirklichen.

Also eine Verbindung von Amerikanismus und Reinhardt-Stil, und das Ganze auf einer intimen Bühne vorgeführt! Man darf gespannt sein, wie das Wundergebilde aussehen wird.

Die Operette und die Kritik. Ein Leser schreibt uns: Mit großer Freude las ich die Ausführungen Ihres R.-th.-Mitarbeiters unter dem Stichwort „Die dumme Liebe — und die Berliner Kritik“. Alle Freunde der wirklich guten Operette werden erleichtert aufgetaucht haben, daß sich endlich jemand getraut hat, in dieses Welpepneft hineinzuweisen. An dem Tiefstand, wie er zurzeit in der Operette herrscht, hat gerade die Berliner Kritik nicht zum wenigsten schuld. Oft muß man wirklich glauben, daß die Rezensionen vom Spezialreporter für Gardinenbrände unter Aufsicht der Redaktionsfratze verfaßt sei. Wenn man auch das Verständnis des p. t. Publikums gar nicht gering genug einschätzen kann, so genügt doch diese Ausrede für einen wirklich künstlerisch und das Verantwortliche seiner Stellung empfindenden Kritiker nicht. So konnte es kommen, daß Gilbert nach einem Anlauf („Die Braut des Lucullus“) bald wieder in die

lukration Niederungen der Massenfabrikation herabstieg, daß Hall kein brauchbares Legbuch mehr in die Hände bekommt, daß Behar scheinbar ganz von unseren Bühnen verschwunden ist usw. usw. Dazu noch der Berliner „Star-Anstalt“ Man sammelt eine Anzahl „Ranonen“ — von denen übrigens einige in der Provinz erfolglos verpuffen würden —, reißt dadurch auch den ärgsten Unzufriedenheit teilweise heraus — und die künstlerische Verantwortlichkeit des Theaterleiters ist endgültig ad acta gelegt. Und mit ihr — das sei hier nicht verwechselt — auch die des betreffenden Musikverlegers. Alles hohstert nur noch auf Weinen — und die „bestausgezeichnete Soubrette“ Berlins zu sein, bedeutet einen Ruhm! Darüber energisch Beschwerde zu erheben, ist die Pflicht aller wahren Operettenfreunde und heißt noch lange nicht „Brunners“ treiben. Die Operetten-Rezensenten der großen Berliner Blätter aber mögen sich — zeitgemäß versiert — die Worte des alten Philosophen Wlcher als Leitmotiv nehmen:

„Kritik ist eine Sichel, zu mähen kurz und klein,
Und Ja- und Amenlager, das darf man niemals sein!“

S. 24.

51 000 Worte „via Transradio“ an einem Tage. Die drahtlose Telegraphie wird immer mehr für den öffentlichen Verkehr, namentlich den Auslandsdienst, in Anspruch genommen. Der größte Teil der Telegramme nach Amerika, Spanien, Italien, Ausland, Ägypten usw. geht jetzt drahtlos. Die Stationen Rauen, Elbfest und teilweise auch Königsmusterhausen werden diesen Auslandsdienst. Rauen und Elbfest werden von der „Transradiobetriebszentrale“ in Berlin aus bedient. Welch bedeutende Verkehrssteigerung hier zu verzeichnen ist, bezeugt, wie die „Menschau“ mittelt, die Tatsache, daß an einem Tage jetzt rund 50 000 Worte „via Transradio“ ausgesandt werden. Kürzlich wurde sogar eine Höchstleistung von 51 139 Telegrammwörtern, davon 35 000 allein nach New York, erzielt.

Wahs Edigman verankert mit ihrer gesamten Tanzgruppe drei weitere Wiederholungen ihres Programms am 11., 12. und 13. Juni, 8 Uhr, in der Philharmonie.

Das Konzert von Joseph Schwars, das am 6. Juni infolge plötzlicher Erkrankung des Dirigenten abgelehrt werden mußte, wird bestimmt am 14. Juni, 8 Uhr, in der Philharmonie stattfinden.

Konzert über Gesangsphysiologie. Am Sonntag, den 10. mittags 1/2 12 Uhr, hält der Oberlehrer und Dr. med. Jean Radolowski im August-Hörter-Saal, Reihstr. 11, seinen bedeutenden Vortrag über „praktisch angewandte Sprach- und Gesangsphysiologie“ mit Demonstrationen an den Zuhörern. Besonders spricht er über Kehlkopf und Jungenslage, Wechsel und Refonanzstellung. Eintritt frei. Interessenten willkommen.

Der neue Vektor für die nordischen Sprachen. Zum Nachfolger des unlängst verstorbenen Lettors für die nordischen Sprachen an der Berliner Universität, Professor Neubaus aus Kopenhagen, hat das Unterrichtsministerium mit Zusagebeginn den Genossen Dr. G. Langenheit aus Stockholm ernannt. Dr. Langenheit hat bereits einen zweitägigen Kursus im Schwedischen für Anfänger begonnen.

Das Knäpfbuchentum in Rußland. Das zentrale Knäpfbuchentum in Rußland und den verbündeten Republiken veröffentlicht. Nach diesen Angaben befinden sich in Zentralrußland 19 Millionen Knäpfbücher, in der Ukraine 12, in Sibirien 3 Millionen und in den tauchischen Republiken 1400 000. In den tauchischen Republiken beträgt die Zahl der Knäpfbücher aber 60 Proz. der gesamten Bevölkerung.

Rheinlanddebatte im Landtag.

überschreitet, daß die Polizeidirektion sich genötigt gesehen hat, einzugreifen.

Zum Fall Nachhaus-Fuchs bemerkte der Minister, daß auch die Regierung eine restlose Aufklärung der Zusammenhänge wünschte. Betreffs der Verhaftung der beteiligten Personen war man sich klar und einig darüber, daß gegenüber dem Treiben schärfstes Vorgehen notwendig sei und daß ohne Ansehen der Person zugegriffen werden müsse. Nicht ganz klar war man sich zunächst über den Zeitpunkt des Vorgehens. Die Bestimmung dieses Zeitpunktes mußte man der Polizei überlassen. Die tatsächlichen Unterlagen waren aber damals, also am 20. Februar, noch mangelhaft. Auch stand der Aufenthalt Richards keineswegs sicher fest. Trotzdem hat die Polizei noch am gleichen Abend den Versuch gemacht, den Aufenthalt Richards ausfindig zu machen und allenfalls zu seiner Festnahme zu schreiten. Der Versuch ist aber erfolglos geblieben. Die Darstellung des „Vorwärts“, der mich der Mitwisserschaft an der Verleumdung des Fuchs-Nachhaus bezichtigt, ist zu perver und zu albern, als daß ich darauf eingehen möchte.

Die unpolitischen Putschsoldaten.

München, 8. Juni. (Fig. Drahtbericht.) In der Freilagsitzung des Hochverratsprozesses Nachhaus-Fuchs wurde eine Reihe von Entlastungszeugen vernommen, deren Aussage aber im allgemeinen wenig Bedeutung zukommt. Einen mehr heileren als ersten Eindruck rief ein Mitglied des nationalsozialistischen Kampfbundes hervor, ein persönlicher Freund des Nachhaus. Er sagte, er sei gewohnt, die Befehle Hitlers auszuführen, im übrigen kümmere er sich aber nicht um Politik!

Die Aussage des Hofrats Piris, des Führers des „bayerischen Ordnungsbundes“, bestärkte in vollem Umfang, daß die vier Hauptbelastungszeugen (Wagner, Friedmann, Kautler, Schäfer) ihre eingehenden Beziehungen zu Fuchs-Nachhaus nur im Interesse der Aufdeckung dieses Hochverrats gestiftet haben. Es sei ganz ausgeschlossen, daß sie daran gedacht hätten, bei einem eventuellen Enderfolg des Hochverrats sich an dessen Erfolg zu beteiligen.

Die Aussagen des Studenten Staehle, Mitglied des Blücherbundes, belasten wieder den Angekl. Berger. Der Zeuge versichert unter seinem Eid, daß Berger einmal sagte: „Wenn es am 24. Februar nicht losgeht, so gehe ich mit meinen Leuten allein vor.“ Dieser Zeuge charakterisiert im übrigen die im Blücherbund umlaufende Parole dahin, daß ein Vorschlag gemacht war für den Fall, daß der neudeutsche Bolschewismus ausbräche oder daß das Vaterland gegen den äußeren Feind zu den Waffen rufe.

Wenn der weitere Verlauf der Verhandlung keine besonderen Überraschungen bringt, so rechnet der Gerichtshof mit der Beendigung des Prozesses am Donnerstag oder Freitag nächster Woche.

Der oberschlesische Unruheherd.

Die Redungen über Streiks und Unruhen in Oberschlesien lenken erneut die Aufmerksamkeit auf dieses Gebiet. Entente-befehung, Abstimmungsstämpfe, nationale Auseinandersetzungen mit den Polen, nationalistische Selbstschutzbünde haben in diesem weitverzweigten und bedeutenden Industriegebiet in den letzten Jahren eine politische und soziale Unruhe erzeugt, die immer wieder zum Ausbruch kommt. Die offene Unterstützung der Selbstschutzbünde durch das Unternehmertum hat die sozialen Gegensätze dort ungewöhnlich verschärft. Es ist bekannt, daß die letzte große Streikbewegung mit der offensichtlichen Protektionierung der Selbstschutzhilfen durch die Industrien zusammenhing. Auch jetzt wieder wird die soziale Unruhe durch nationalistische Provokationen verschärft. So heißt es in einem uns aus dem Gebiet zugehenden Bericht:

„Zum kommenden Sonntag wird Feldmarschall Hindenburg hier zur Fahnenweihe des „Vereins ehemaliger Schutz- und Kolonialtruppen“ erwählt. Am Sonnabend, den 2. Juni, führen mehrere Formationen des Selbstschutzes angeblich zu einer Denkmalsweihe von Hindenburg nach Breslau. Die Leute waren mehrere hundert Mann stark auf dem Bahnhof in Hindenburg aufmarschiert, meist junge Burken von 16 bis 21 Jahren. Sie trugen ganz oder teilweise Uniform und die üblichen Abzeichen und Orden der illegalen Organisationen. Militärische Führung, Haltung und Kommando waren deutlich ersichtlich. Zwei große schwarzweisse Fahnen wurden mitgeführt, Wagnen waren von der Bahnhofsbehörde gestellt. An der Denkmalsweihe haben sich auch Selbstschutzbunddelegationen aus anderen schlesischen Städten beteiligt. In Breslau erregten sie am Sonntag abend bei der Heimkehr auf dem Zuge vom Freiburger Bahnhof zum Hauptbahnhof mit schwarzweissen Fahnen Unruhe unter den Passagieren.“

Es ist klar, daß das offene Auftreten dieser Selbstschutzbundformationen die allgemeine Spannung im oberschlesischen Industriegebiet verschärfen muß, und es bleibt deshalb zu hoffen, daß das Verbot dieser Organisationen, deren Zusammenhang mit Ehrhardt, Kossbach usw. ja gerichtsnotorisch ist, auch in Oberschlesien energisch und sichtbar durchgeführt wird.

Ausdehnung des Streiks.

Beuthen, 8. Juni. (W.B.) Die Streiklage im oberschlesischen Industriegebiet ist vollkommen verkommen. Eine klare Uebersicht über die ganze Ausfallsbewegung ist unmöglich, da einerseits die fortwährende Ausdehnung des Streiks und die vereinzelt vorgekommenen Terrorakte, andererseits die einander vollständig widersprechenden Erklärungen der Berufsorganisationen und die Bekanntmachungen der Zentralstreikleitung einen Schluß darüber zu lassen, ob die Streikbewegung einzig auf die Infolge der neuen Preissteigerung wirtschaftliche Notlage der breiten Arbeiterschaft zurückzuführen ist oder ob sie auch von politischen Motiven (?) getragen wird. Heute früh wurde die Arbeiterschaft der Königin-Vuise-Grube, der Oberschlesischen Kokswerke, der Guido-Grube, der Kokswerke in Jaborze, der Kokswerke in Poremba, der Waggonfabrik Boehmer u. Co. sowie anderer Betriebe dem Streik angeschlossen. Der Betriebsrat der Kraftwerke in Bobrak sagte heute vormittag dem Beschluß, den Betrieb stillzulegen. Die Belegschaft überließ darauf die Arbeitsstätte. Das vom Kraftwerk in Bobrak abhängige Vorkriegswerk mußte daraufhin den Betrieb einschränken. Die Arbeiter der oberschlesischen Elektrizitätswerke beschließen heute nachmittags über ihren Anschluß an den Streik, falls bis dahin die Forderungen der Streikenden nicht erfüllt sind. Die Gefahr eines Generalstreiks in Oberschlesien ist damit in greifbare Nähe gerückt. Bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften über den Vorschlag erklärten die Vertreter der Arbeitgeber, daß sie dem Streik und seiner weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegensehen und nichts unternehmen würden, um ihn zu beenden. Der Zentralstreikleitung gegenüber erklärten sich die Arbeitgeber bereit, über die Forderungen der Streikenden mit den Gewerkschaften zu verhandeln, während die Gewerkschaften bis jetzt noch ablehnen, die Forderungen der Streikenden in ihrer Gesamtheit zu vertreten.

Eine Abordnung von Arbeitern der in Hindenburg streikenden Betriebe wurde von der Stadtverordnetenversammlung empfangen. Auf Ersuchen der Abordnung erteilte der Magistrat ein Alkoholverbot. Der Streikleitung wurde, wie in Beuthen, das Recht der Ueberschau eingeräumt. Die Streikenden in Beuthen veranstalteten gestern eine Geldsammlung bei der Kaufmannschaft von Beuthen und Umgebung. Die den Beitrag von mehreren Millionen ergab. Die Beuthener Kaufmannschaft will über die Gewährung weiterer Geldunterstützungen an die Streikenden beschließen.

Die Landtagsitzung am gestrigen Freitag begann mit folgender

Erklärung des Präsidenten Leinert:

Der Herr Abg. Bied hat gestern erklärt, daß man hier dem Abg. Kay wiederholt „§ 51“ zugerufen hat. Er sagte, daß ich ganz genau wisse, woher dieser Ruf stamme. Es werde durch diesen Ruf dem Abg. Kay der Vorwurf gemacht, daß er wegen mangelnder geistiger Zurechnungsfähigkeit vom Vatermord freigesprochen worden sei. Dieses Gerücht sei zum erstenmal durch eine an die Regierung gerichtete Eingabe des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ aufgebracht worden, und zwar 1911 als Herr Kay Stadtbeamter in Hannover geworden ist. Diese Eingabe sei dann den Personalakten des Herrn Kay einverleibt worden und diese Akten seien niemandem weiter als mir zugänglich. Abg. Bied hat dann ausgeführt, durch eine öffentliche Erklärung des Abg. Kay sei festgestellt, daß Oberbürgermeister Leinert sich dreimal die Kay'schen Personalakten habe bringen lassen, obgleich dieser gar nicht mehr Stadtbeamter ist, und Leinert habe sich die Verleumdung, die damals der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ gegen Kay ausgesprochen hat, herausnotiert; auf diesem Wege hätten die sozialdemokratischen Abgeordneten Kenntnis dieser gemeinen, niederträchtigen Verleumdungen gegen den Abg. Kay erhalten. Präsident Leinert fügt hinzu: Demgegenüber stelle ich fest, daß Herr Kay niemals Stadtbeamter, sondern Angestellter gewesen ist, und daß ich seine Personalakten niemals selbst durchgesehen habe; aus den Personalakten hat Bürgermeister Dr. Weber, als ich die Wiedereinstellung Kay's in die städtischen Dienste wünschte, mir den Vorgang bei der früher erfolgten Entlassung Kay's vorgetragen. Ueber den Vorwurf des Vatermordes ist bei dieser Gelegenheit meiner Erinnerung nach nicht ein Wort gesprochen worden. Seitdem habe ich weder die Kay'schen Personalakten wieder gesehen noch mir auch nur ein Wort daraus herausnotiert. Demzufolge rührt auch die Weiterverbreitung des Gerüchtes, daß Herr Kay aus Gründen des § 51 des St.G.B. vom Vatermorde freigesprochen sei, nicht von mir her. Ich habe es auch niemals verbreitet, und allen, die mich danach gefragt haben, ob diese Behauptung richtig sei, immer geantwortet, daß ich davon keine Kenntnis habe, daß mir der Vorfall früher einmal geschildert worden sei in der Weise, daß bei Herrn Kay Notwehr vorgelegen habe und deshalb ein Strafverfahren gar nicht eingeleitet worden ist.

Hierauf beginnt das Haus die

zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums

und des Ministerpräsidenten. Verbunden damit wird die Beratung des Gesetzentwurfs über die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand sowie die deutschnationale Große Anfrage über die Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur in Schleswig. Nachdem der Kommunist Schütz-Neubölln, trotz der Mahnungen des Präsidenten, seine Aufgabe als Berichterstatter gräßlich mißbraucht und eine endlose Parteidrede vom Stapel gelassen hatte, nahm

Ministerpräsident Braun

das Wort zu folgender Rede: Das Diktat von Versailles hat auch bei loyalster Ausführung durch den Gegner für das Rheinland und seine treudeutsche Bevölkerung langjährige schwere Bedrückungen und Lasten zur Folge. Denn nichts drückt ein selbstbewußtes, freies Kulturvolk so sehr und materiell so schwer, wie eine fremde militärische Besetzung, die es der Gewalttätigkeit und launischen Willkür militärischer Gewalttäter preisgibt. Die Art aber, wie Frankreich und Belgien die Besetzung der Rheinlande von Anfang an durchgeführt haben, geht weit über das nach dem Friedensvertrag Zulässige hinaus und hat sich mehr und mehr zu einer

systematischen Quälerei des rheinischen Volkes

entwickelt. Einerseits ließ man bezahlte, verachtliche Subjekte auf die Rheinländer los, die durch eine separatistische Propaganda die Bewohner für eine Loslösung von Preußen und dem Reich und für den Anschluß an Frankreich gewinnen sollten, andererseits bedrückte und quälte man das Volk mit schändlichen Wohnanlagen schlimmster Art und legte ihm kaum erträgliche Lasten auf. Das alles unter dem heuchlerischen Vorwande, daß es zur „Sicherheit der Besatzungstruppen erforderlich“ wäre.

Was seit dem Beginn des Ruhebruchs im allerbekanntesten Rheinlande vor sich geht, hat mit aller Klarheit

die maßpolitischen und annexionspolitischen Pläne Frankreichs offenbart. Was dort im Frieden gegen ein wehrloses Volk an brutalen Gewalttaten verübt wird, dürfte kaum in der Geschichte der Kulturvölker seinesgleichen finden.

Rücksichtslos werden Beamte, Wirtschaftler und Männer des öffentlichen Lebens mit einer kaum zu überbietenden Grausamkeit zu Laufenden aus ihrer Heimat ausgewiesen, von Haus und Hof vertrieben. Um diese Grausamkeit zu steigern, müssen gleichzeitig mit kurzer Frist, oft in wenigen Stunden, auch die Familienangehörigen, wehr- und schulpflichtige Frauen, Kinder und Greise, unter Zurücklassung ihrer Habe, verlassen werden und werden hinausgeschoben in die Fremde. Viele werden auf Jahre hinaus in die Gefängnisse geworfen.

Durch diese Unmenslichkeiten drücken sich die derzeitigen französischen Gewalttäter vor aller Welt ein Schandmal auf die Stirn, von dem sie sich niemals vor der Geschichte werden reinigen können.

Der rheinischen Bevölkerung aber, die alle diese Leiden standhaft trägt, ohne in ihrem Deutschsein wankend zu werden, gebührt der unauslöschliche Dank aller Volksgenossen im unbefestigten Gebiet. Indem ich diesen Dank namens der Staatsregierung hier erneut ausspreche, verbinde ich damit die erneute Versicherung, daß alles in unseren Kräften Stehende geschehen wird, um das schwere Los der Opfer französischer Willkür zu erleichtern. (Bravo!)

Es wird und muß Ehrenpflicht des ganzen deutschen Volkes sein, einzustehen für unsere Brüder am Rhein, die Opfer zu bringen, die notwendig sind, um die Wunden zu heilen, die französische Brutalität geschlagen hat. Die französischen Gewalttäter aber werden durch diese

brutalen Kolonialmethoden

ebensowenig wie durch ihre verlogene Propaganda die Bevölkerung in ihrem Widerstande gegen französische Eroberungspläne erschüttern und sie ihrem Vaterlande abtrünnig machen können. (Bravo!)

Deshalb sind auch alle jene Pläne im Ausland, das Rheinland zu neutralisieren, Rechnungen, die ohne die rheinische Bevölkerung gemacht werden. Man spricht wohl vorsichtig erst von einer „Loslösung der Rheinlande aus dem preussischen Staatsgefüge“, von der „Schaffung eines selbständigen Staates im Rahmen des Deutschen Reiches“. Dieser selbständige Rheinstaat soll aber eine interkalierte Kontinentalmission als Obervormund und vor allem eine internationale Gendarmerie erhalten, d. h. die Rheinländer sollen auf die Dauer unter die politische, militärische Diktatur Frankreichs und seiner Verbündeten gestellt werden. Eine blutigere Verhöhnung des Grundgesetzes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, für das die Alliierten im Kriege vorgaben zu kämpfen, ist wohl kaum denkbar. (Sehr richtig!) Und daß das zur Sicherheit des bis an die Zähne bewaffneten Frankreichs gegen das entwaffnete, wehrlose deutsche Volk notwendig sein soll, wird man wohl kaum die Welt glauben machen können. Es ist daher durchaus zutreffend, was der Reichsaussenminister in der Reichstagsitzung vom 16. April d. J. über diese

Pläne und seine Stellung dazu ausführte. Auch für die preussische Regierung erkläre ich, daß eine

Ausgabe der Rheinlande für uns nie und nimmer in Frage kommt! (Beifall) Die Treue, mit der die Rheinländer bisher zu Preußen und dem Reich gestanden haben, und allen französischen Gewalttäten zum Trotz weiter stehen werden, wird stets mit gleicher unwandelbarer Treue und Hilfsbereitschaft vom ganzen preussischen und deutschen Volke erwidert werden. Hände weg vom Rheinland! Der Rhein und die Rheinländer waren deutsch, sie sind deutsch und werden deutsch bleiben! (Beifall und Handklatschen.)

Am Schlusse der Sitzung wurde ein Antrag der Koalitionsparteien, die Rede des Ministerpräsidenten im ganzen Land durch Maueranschlag bekanntzugeben, gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Als zweiter Redner spricht

Abg. Genosse Haas-Köln:

Schon die Sanktionen bürdeten der rheinischen Bevölkerung Unerträgliches auf; sie waren ein furchtbares Instrument in der Hand der unbarmherzigen Nutznießer des Versailler Friedens, aber sie waren nur ein Kinderpiel gegenüber all dem, was der Einmarsch ins Ruhrgebiet über die Bevölkerung gebracht hat. Am Anfang hieß es, die Ingenieurkommission sei nur zu friedlichen Zwecken gekommen. Ueber diese friedlichen Zwecke wurde in der Zwischenzeit furchtbare Aufklärung gegeben. In der letzten Zeit verjagt man die Eisenbahner und ihre Angehörigen sogar innerhalb von Minuten von Haus und Hof. Furchtbare Tragödien spielen sich im stillen ab und

kein Schrei der Empörung

wird in der Welt gegenüber solcher Unbill lebendig. Versammlungs- und Pressefreiheit haben aufgehört zu existieren. Lohn- und Minderbemittelte werden geraubt, Wohnungseinrichtungen werden weggeschleppt, Raubüberfälle sind an der Tagesordnung, und seit Wochen müssen wir ungezählte Mordtaten — Mordtaten an Greisen und an Kindern — miterleben, nicht zu vergessen den blutigen Karntagslag von Essen.

Den französischen Kapitalisten und Imperialisten geht es nicht um die Ruhrkohle und nicht um Holzlieferungen, sondern um die Erfüllung alter französischer Pläne, es geht um die Wegnahme des Rheinlandes. Deshalb erkläre ich hier im Namen meiner Partei mit aller Deutlichkeit: die Besiedlung des Rheinlandes wird bis zum letzten Atemzug gegen jede Lösung ihrer Heimat von Deutschland sein. Keine internationale Gendarmerie und dergleichen kann uns von unserem Standpunkt abbringen. Wir wissen ja aus den Erfahrungen im Saargebiet, was den Arbeitern bevorsteht.

Am Rhein existieren heute keine deutschen Festungen mehr, gibt es kein deutsches Militär. Und im übrigen Deutschland steht ein Heer von nur 100 000 Mann. Demgegenüber stehen auf französischer Seite 800 000 Mann bis an die Zähne bewaffnet. In Deutschland ist nichts mehr abzurufen und

im Rheinland gibt es nichts mehr zu „neutallisieren“.

Wir müssen fordern, daß die Garantien zur Sicherheit zwischen Deutschland und Frankreich auf Gegenseitigkeit beruhen und unter voller gegenseitiger Gleichberechtigung geschaffen werden. Die Reichsregierung bietet in ihrem Memorandum ansehnliche Garantien für deutsche Leistungen. Wir erinnern uns hier an das Wort Stresemanns, daß für die Freiheit des Landes keine Leistung zu hoch sein dürfe. Schade nur, daß bei dem letzten Sturz der Mark von der Opferwilligkeit der Besiegten so wenig zu spüren war. Auch im besetzten Gebiet haben sich verhältnismäßig viel Unternehmener verbündet und trübt genug gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter gestimmt. Als dann die Unruhen ausbrachen, ist wohl der eine oder andere im Kreis der Schwerebeschweren stuhlig geworden. Gar mancher, der den Gewerkschaften nicht gut gefolgt ist, hat sich da plötzlich der Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung erinnert. Die „Köln. Ztg.“ vom 27. Mai schrieb u. a.: „Das, was uns im Ruhrgebiet retten kann, sind nur die Gewerkschaften, deren Geist und Disziplin die Hunderttausende von Arbeitern zusammenhalten muß, um der kommunistischen Gefahr und dem Anarchismus vorzubeugen. Sie haben deutsche Gewerkschaften im Augenblick tiefer vaterländischer Erniedrigung eine größere Aufgabe und eine größere Verantwortung getragen, als heute im besetzten Ruhrgebiet. Möge ihr Wirken uns vor Schlimmerem bewahren!“ Die

Gewerkschaften haben die Verantwortung auf sich genommen

und die Aufgabe gelöst, Ihrem Vorgehen ist es zu verdanken, daß im Ruhrgebiet nicht alles zusammengebrochen ist. Die Arbeitgeber im übrigen Deutschland sollten sich am Verhalten der Gewerkschaften ein Beispiel nehmen und dementsprechend handeln; denn sonst hat eines Tages auch die Kraft der Gewerkschaften ein Ende. Es müssen die Konsequenzen gezogen werden zunächst in der Lohnpolitik, dann aber auch für die anderen Probleme und Aufgaben der Gewerkschaften. Die organisierten Arbeitermassen stellen auch heute und künftig ihren Mann und an ihrer Seite stehen die organisierten Beamten. Der Regierung aber rufen wir zu: Regierung, handele! Tue was notwendig ist! Schaffe bei Zeiten Änderung gegenüber der wachsenden Not! Wir stehen fest zum freien einigen Deutschland. (Starker Beifall.)

Abg. Dr. Vorsch (3.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, die sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen alle Versuche der Franzosen, das Rheinland in irgendeiner Form von Deutschland loszulösen, wendet. Wie Dr. Vorsch, so gibt auch Abg. Wolkoff (DnL) seine Freude über die Rede des Ministerpräsidenten und über den bisherigen erhabenden Verlauf der Sitzung Ausdruck. Nach den Ausführungen des Abg. Heilmann (D. Ap.) und Gottschalk (Dem.), die im gleichen Sinne gehalten waren, wie die der bürgerlichen Vorkredner, wandte sich der Kommunist Dr. Meyer-Ostpreußen gegen das Treiben der Faschisten im Ruhrgebiet.

Weiterberatung heute Sonnabend, 11 Uhr.

Zum Fall Kay, der von Bied aus schwer verständlichen Beweggründen zum Gegenstand öffentlicher Erörterung gemacht wurde, geht uns noch folgende Mitteilung zu:

In der Versammlung am 29. Mai 1923 in Königental (Berlin) führte der Kommunist Schwenk, Fraktionssekretär der kommunistischen Partei im Preussischen Landtag, in Erörterung aus Ausführungen des Genossen Wende über die Vorgänge im Landtag in bezug auf Kay aus:

„Herr Kay ist in Familienverhältnissen aufgewachsen, die sehr trübe waren, da sein Vater die Familie sehr stark vernachlässigte. Eines Tages kam Kay dazu, als sein Vater die Mutter tätlich bedrohte. Es war nun Pflicht des Sohnes, dazwischenzutreten und seine Mutter vor den Mißhandlungen des Vaters zu schützen. Dabei wurde der Vater von ihm verwundet und ist daran gestorben. Das Gericht erkannte die mißlichen Familienverhältnisse an, in denen Kay aufgewachsen war, konnte ihn aber bei aller Berücksichtigung dieser Verhältnisse nicht freisprechen, sondern war so human, die Freisprechung herbeizuführen unter Zugrundelegung des § 51.“

Wende sprach dem Herrn Schwenk in seinem Schlusswort den Dank dafür aus, daß nun die Gerüchte über Kay in Verbindung mit dem § 51 endlich einmal beseitigt worden sind, indem es nun feststeht, daß Kay auf Grund des § 51 freigesprochen worden ist.

Gewerkschaftsbewegung

Baltrusch gegen Brauns.

Der Reichsarbeitsminister hat sich bekanntlich im Reichstag gegen die Einführung von Goldlöhnen ausgesprochen. Obwohl wir aus dem im „Vorwärts“ dargelegten Gründen nicht Anhänger der sogenannten Goldlöhne sind, hatten wir es doch für interessant, die Ausführungen wiederzugeben, die der Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung H. Baltrusch in Nr. 9/10 des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ vom 14. Mai 1923 gemacht hat. Er schreibt dort u. a.:

„Wenn es nun Tatsache ist, daß in der Wirtschaft die Preise sich nach der Goldrechnung durchsetzen, wenn Goldzinsen und schließlich auch Goldbilanzan intern allgemein eingeführt werden und andererseits die Einführung der Goldrechnung bei den Löhnen und bei der Steuer als nicht zulässig und undurchführbar von den interessierten Kreisen bezeichnet wird, dann heißt das tatsächlich, den Sachwertbeitrag auf Kosten des Staates und der Arbeitskraft einseitig bevorzugen und stärken. Der Papierlohn bewirkt, daß bei den Arbeitnehmern bei jeder Valutaverschlechterung sofort ein automatisches Herabsinken der Lebenshaltung eintritt. Die Mittelschichten, Rentner und Kleinrentner fallen der weiteren Verelendung anheim. Die Enteignung der schwachen Volksschichten greift, soweit dies überhaupt noch möglich ist, um sich, und zwar zugunsten der sich durch die Goldrechnung sichernden Inhaber von Sachwerten. Die Aufrechterhaltung des Papierlohns bei Goldpreisen dringt in Produktion und Handel große Zwischengewinne, Aufrechterhaltung unrationeller Betriebe, Ausbreitung des parasitären Zwischenhandels und führt schließlich zu einem Sinken der Warenqualität. Und wo das Reich und die Länder bei der Durchsetzung der Goldpreise, des Goldzinses und der Goldbilanzierung in der Privatwirtschaft und bei der Zahlung der Steuern derselben in Papiermark bleiben, das lehrt uns ein Blick auf die schon angedeuteten zerrütteten Finanzverhältnisse des Reiches und das entwertete geringe Steuerergebnis.“

Baltrusch begründet dann eingehend die Notwendigkeit auch im allgemein wirtschaftlichen Interesse, mit der Doppelwährung, wie sie jetzt in Deutschland herrscht, schnellstens aufzuräumen. Der Reichsarbeitsminister ist gewiß ein Mensch mit sozialem Empfinden, aber die schönsten Gefühle nützen den Arbeitnehmern gar nichts, wenn der Träger praktisch nicht daraus die Konsequenzen zu ziehen vermag.

Ende des Streiks der Telegraphenarbeiter.

Die streikenden Telegraphenarbeiter des Oberpostdirektionsbezirks Groß-Berlin waren am Freitag mittig in so großer Zahl im Gewerkschaftshaus versammelt, daß der große Saal bei weitem nicht ausreichte, alle Anwesenden aufzunehmen. Am Dienstag hat dieser Streik eingelegt, und unter so starker Solidarität, daß außer den Kriegsinvaliden kaum einer von der Arbeiterschaft in den Betrieben zurückgeblieben sein dürfte. Ursache des Streiks ist die Unzufriedenheit mit den von der Regierung bewilligten Löhnen für Juni. Die Streikenden gehören als besondere Abteilung dem Deutschen Verkehrsband an. Von ihrer Organisation wurde die Forderung einer Erhöhung der Löhne um 100 Proz. erhoben. Bewilligt wurden schließlich 60% Proz., die bis heute noch nicht ausbezahlt sind. Der Streikbeschluss ist zwar mit einer Dreiviertelmehrheit gefaßt worden, aber in den tariflich mit der Oberpostdirektion festgelegten Bedingungen ist vorgesehen worden, daß vor einem Streik Verhandlungen mit der zuständigen Behörde stattfinden müssen. Das ist unterlassen worden, und deshalb hat das Postministerium eine bezügliche Anfrage an die Organisation gerichtet. Die Versammlung gestaltete sich sehr bewegt, zeitweise konnten die Redner nicht durchdringen. Eine Solidaritätserklärung anderer im öffentlichen Verkehrswesen tätigen Gruppen ist nicht erfolgt. Scherff und Bender werden sich sofort zwecks weiterer Verhandlungen mit dem Postministerium in Verbindung setzen. Mit großer Mehrheit wurde nach Schluß der Diskussion folgende Entschließung angenommen: „Die Telegraphenarbeiter Groß-Berlins sind gewillt, die Arbeit am Sonnabend früh wieder aufzunehmen, wenn von der Gewerkschaft die feste Garantie gegeben wird, für nachstehende zwei Punkte ihre ganze Kraft einzusetzen: 1. Keinerlei Maßregelungen seitens der Postverwaltung; 2. sofortige Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen zwecks Erhöhung der Juni-Löhne um 100 Proz. über die Mai-Löhne und Zahlung von 300000 M. am Anfang nächster Woche als Ausgleichszulage für die riesige Teuerung.“

Nachdem die Versammlung diesen Beschluß gefaßt hatte, haben die Vertreter des Deutschen Verkehrsbandes mit dem Reichspostministerium verhandelt, und das Reichspostministerium gab die Zusicherung ab, daß Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden dürfen.

Verbandsstag der Sattler und Tapeziere.

Erster Verhandlungstag.

Dieser Verbandstag, der erste nach dem Zusammenschluß des Verbandes der Sattler mit dem der Tapeziere, hat besonders mit einem weiteren Zusammenschluß der Verbände zu einem Industriesverband, weiter aber über die viel umstrittene Frage der Arbeitsgemeinschaften zu verhandeln. Erschienen sind 59 Delegierte, unter größten Schwierigkeiten auch die aus dem letzten Gebiet, und außer den Vertretern des Verbandsvorstandes, der Redaktion und des Ausschusses ein Vertreter des Gewerkschaftsbundes und Vertreter der Bruderorganisationen aus Frankreich, England, Dänemark. Aus der Begrüßungsansprache des französischen Vertreters sei hervorgehoben, daß er erklärte, die französische Arbeiterschaft habe nach Kräften gegen die Politik der französischen Regierung protestiert. Leider seien ihre Organisationen durch die vielen Spaltungen so geschwächt, daß sie wirksame Maßnahmen nicht ergreifen könnten.

In seiner Eröffnungsrede wies Verbandsvorsitzender Blum auf die Geschichte des Verbandes hin, dessen Gründung 1889 erfolgt sei. Er konnte aber eine alte Mitgliedsliste vorzeigen, nach der schon vor 50 Jahren in Offenbach ein Sattlerverein bestanden habe. Schon bei Feststellung der Geschäftsordnung machten sich die vorhandenen Gegensätze bemerkbar, indem ein kommunistischer Vertreter von Offenbach eine längere Redezeit, als vorgesehen war, beantragte und damit durchdrang. Auch zu der Behandlung von Protesten ausgeschlossener Mitglieder machte dieser Vertreter Anwendungen, die er aber nach eingehender Belehrung aufgeben mußte. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden Blum rief schon während der Erstattung mancherlei Zwischenfälle hervor. Die Stellung der Gewerkschaften zur Ruhrpolitik und zu den Arbeitsgemeinschaften mißfiel den Kommunisten. Zur Ruhrpolitik konnte der Redner feststellen, daß sich der Verband und der Gewerkschaftsbund lediglich nach der Stellungnahme und im Einverständnis der drei hauptsächlich beteiligten Verbände der Bergarbeiter, der Transportarbeiter und der Maschinen- und Heizer

gerichtet und danach seine Maßnahmen eingerichtet habe. Wie die Arbeiterschaft gegen den deutschen Kapitalismus ankämpfe, so habe sie noch viel mehr Ursache, den imperialistischen französischen Kapitalismus zu bekämpfen. Zu der Frage der Arbeitsgemeinschaften erklärte der Redner, daß diese Lohnfragen nicht zu regeln haben, die Arbeiterschaft habe sich hier eine Position gesichert, wenn sie nicht vorhanden wäre, müßte sie geschaffen werden. Es handle sich hier nicht um ein Prinzip, sondern um die Zweckmäßigkeit. An einem treffenden Beispiel über die Hüttenauktionen zeigte er, wie wichtig die Teilnahme der Arbeitervertreter hier sei.

Der Rassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit 177688940 Mark für das letzte Quartal ab. Der Vermögensnachweis führt die Summe von über 138 Millionen auf. Aus dem Bericht über Streiks und Lohnbewegungen, der von Gerhardt erstattet wird, geht hervor, daß die besten tariflichen Verhältnisse in der Gruppe der Textil-

riemenfabrik vorhanden sind. Es bleibe zu erwägen, ob die Lohnabkommen zentral oder bezirksweise geregelt werden; einer örtlichen Regelung sei entschieden zu widerstehen, da die kleineren Mitgliedschaften zu sehr dem Unternehmertum ausgeliefert sein würden. Im allgemeinen könnten Lohn erhöhungen immer nur schwer und hart erkämpft werden. Im Tapezierergewerbe habe es die Entwicklung dahin gebracht, daß die selbständigen Tapeziererwerkstätten zurückgingen, die Restierer seien jetzt zumeist in den Möbelfabriken beschäftigt, weshalb sich hier die Tarife an die der Holzarbeiter immer mehr anlehnten. Redakteur Becker nimmt in seinem Bericht zugleich zu den zum Verbandsorgan gestellten Anträgen Stellung. Der Ausschussvorsitzende Unterkmann-Offenbach teilt mit, daß sich für den gestellten Ausschlußantrag gegen das Mitglied Frick Ebert, dem Reichspräsidenten, nach dem Statut keine stichhaltige Begründung ergeben habe. Der Antrag habe lange Zeit die Gemüter erregt. Aus allen Mitgliedschaften seien Zuschriften und Anträge eingegangen, und wenn eine Mitgliedschaft zu wissen verlangte, warum dem Antrage nicht stattgegeben worden sei, so wollten andere in der Verbandszeitung dargelegt haben, warum einem solchen Antrage stattgegeben werden solle.

Eine Ente.

Die DS-Korrespondenz verbreitete vor zwei Tagen die Nachricht, daß das Reichsfinanzministerium durch Rundtelegramm die Behörden angewiesen habe, an alle Beamten einen Vorkauf von 300 000 M. auszugeben. Diese Nachricht ist von der gesamten bürgerlichen Presse wiedergegeben worden. Die Nachricht ist falsch. Ein derartiges Rundtelegramm ist nicht ergangen.

Die Not der Erwerbslosen.

Die Unterstützungssätze für Erwerbslose sind zuletzt mit Wirkung vom 14. Mai an erhöht worden. Heute sind sie aber wieder entwertet. Die fürchterliche Preissteigerung hat besonders die Massenkonsumartikel wie Brot, Kartoffeln, Margarine erfasst. Ganz zu schweigen von Fleisch, das ohnehin kaum auf den Tisch der Arbeitslosen kommen wird. Es darf niemandem, am wenigsten die Regierung verwundern, wenn dumpe Verzweiflung die Massen der Arbeitslosen packt und sie nur zu leicht zum Verzug gewissenloser Propagandisten macht. Es muß den Arbeitslosen geholfen werden; einmal durch vermehrte Kostendarlehen zu erträglichen Löhnen und weiter durch Erhöhung der Unterstützungssätze. Der Vorstand des DGB hat sich erneut in diesem Sinne an die Reichsregierung gewandt und verlangt, daß käuflich die Unterstützungssätze entsprechend den Lebensverhältnissen ausgebaut werden. Eine Neuregelung steht bevor, aber sie muß auch so ausfallen, daß sie wirklich befriedigen kann.

Die Gehaltsregelung in der chemischen Industrie.

Von den in der IFA vereinigten Organisationen war beim Arbeitgeberverband beantragt worden, nicht, wie ursprünglich im Mai vereinbart, 40, sondern 75 Proz. des Mai-Gehaltes bis zum 15. Juni als Kontozahlung an die Angestellten zur Auszahlung zu bringen. Der Arbeitgeberverband hat es nicht für notwendig erachtet, mit den Angestelltenorganisationen über diese Frage zu verhandeln, sondern teilte ihnen nur telefonisch mit, daß er beschlossen hätte, seinen Mitgliedsfirmen zu empfehlen, 60 Proz. des Mai-Gehaltes an die Angestellten auszugeben. Die IFA-Verbände haben gegen eine derartige Behandlung ihrer Anträge beim Arbeitgeberverband protestiert und von weiteren Maßnahmen nur abgesehen, damit die Auszahlung der in Frage kommenden Summen nicht noch weiter verzögert wird. Die Tarifkommission der Angestellten beschloß am Donnerstagabend mit den zu erhebenden Forderungen für den Monat Juni, kam jedoch nach eingehender Aussprache zu dem Entschluß, daß es bei den heutigen ungeklärten wirtschaftlichen Verhältnissen zweckmäßig ist, die Forderungen erst am Verhandlungstag selbst in dem Arbeitgeberverband zu überreichen. Die Tarifverhandlungen finden am 14. Juni statt; die am gleichen Tage tagende Mitgliederversammlung der IFA-Organisationen soll zu dem Verhandlungsergebnis dann Stellung nehmen.

Baugewerkschaft, Fachgruppe Glaser. Der Lohn beträgt vom 8. bis einschl. 13. Juni 2232 M. pro Stunde. Dazu kommt ein Ausgleichszuschlag von 400 M. pro Stunde, so daß ab 8. Juni 3632 M. zu zahlen sind.

Lehrergewerkschaft im DGB. Sonntag vormittag 10 Uhr Funktionärsversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 25. Vortrag von Jollenberg. Die Mitglieder der Lehrergewerkschaft sind hierzu eingeladen.

Magdeburger Deutscher Bauernbund, Deutscher Bauernbund Groß-Berlin. Sonntag, 10. Juni, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 25. Großer Saal. Funktionärsversammlung des Provinzialausschusses der Bauern Brandenburg. Die Funktionäre des Provinzialausschusses Groß-Berlin des DGB sind zu dieser Versammlung eingeladen, auch Mitglieder haben Zutritt. Referent der erste Landesvorsitzende Kollege Jollenberg.

Gewerkschaftskommision Berlin und Umgebung. Betriebsräte- und Vertrauensmännerversammlung für den 15. Vermittlungsausschuß am Dienstag, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Wilhelmshagen, Tempelhofer Str. 4. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Betriebsräte. Referent Kollege C. Borch. Die gegenwärtige schwere wirtschaftliche Lage erfordert das Einhalten aller freigewerkschaftlichen Betriebsräte und Vertrauensleute.

Wirtschaft

Die Krise in der Bauwirtschaft.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft „Steine und Erden“ verfasste an den Reichstag und an den Reichswirtschaftsrat eine Denkschrift, betitelt: „Die Krise in der Bauwirtschaft“. Diese Denkschrift verfolgt den Zweck, die Reichs- und Staatsbehörden zu veranlassen, „in größtmöglicher Weise öffentliche Mittel zur Inangriffnahme von großen öffentlichen Bauten zur Verfügung zu stellen“. Die Reichsarbeitsgemeinschaft, in der auch Arbeitnehmer gleichberechtigt vertreten sind, glaubt, daß in ganz kurzer Zeit das gesamte Baugewerbe zum Erliegen kommen wird, wenn nicht schnelle und gründliche Hilfe“ gebracht wird.

Die Denkschrift gibt ein ausführliches Bild der Krise und stellt fest, daß der Rückgang im Baustoffabfah schon im Jahre 1922 begonnen und Anfang 1923 einen verheerenden Umfang angenommen hat. Die Zementindustrie zum Beispiel hatte im Januar 1923 einen Rückgang im Absatz von 8,6 Proz., im Februar von 15,4 Proz. und im März einen solchen von 27,5 Proz. gegenüber dem Monat des Vorjahres. In der Kalkindustrie betrug der Rückgang im Januar 1923 25 Proz. und stieg bis auf 50 Proz. im März. Ähnlich liegen die Verhältnisse in allen anderen Zweigen der vom Baumarkt abhängigen Baustoffindustrien. Abgesehen von dem Einfluß des Rubelkonfliktes glaubt die Denkschrift die Stagnation im Baugewerbe auch auf die Wirkungen der Markstütungsaktion zurückzuführen zu können. Infolge der Stabilisierung der Mark ist in diesem Frühjahr der Beginn der Bauperiode vollkommen ausgefallen.

Die Wirkungen der Stütungsaktion sollte nicht überschätzt werden. Jede Stabilisierung der Mark muß den Baumarkt, soweit er vom Privatkapital lebt, und nicht wie der Wohnungsbau, von gemeinwirtschaftlichem Kapital, das Leben in größte Schwierigkeiten bringen, solange die deutsche Volkswirtschaft passiv ist. Der Baumarkt kann normalerweise von volkswirtschaftlichen Ueberschüssen leben. Seine Konjunktur nach dem Kriege ist einzig und allein auf die Markentwertung zurückzuführen. Dies ist nun auch die Denkschrift zu, wenn sie darauf hinweist, daß der Industrie mit der Stabilisierung der Mark „der Anreiz zur Investierung von Kapitalien in Bauten“ genommen worden ist. Die stabile Mark aber ist der natürliche Zustand der Wirtschaft, der Baumarkt muß darum bei völligem Verlangen der privaten kapitalistischen Kapitalquelle eine gemeinwirtschaftliche Kapitalquelle schaffen, wenn er gedeihen soll. Diese Schlussfolgerung vermeidet die Denkschrift. Sie kommt darum auch zu Vorschlägen, bei denen sich Baurat Riepert als Mitunterzeichner der Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie in Gegenlag zeigt. Als Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie verlangt er von der Reichsregierung, daß sie ihr Defizit beseitigt und ihre Einnahmen erhöht. Als Vertreter der Baustoffindustrie verlangt Herr Riepert aber Herabsetzung der Frachten, obgleich er zugeben muß, daß diese Frachten heute um die Hälfte billiger sind als vor dem Kriege.

Nachdem nun einmal die Krise eingetreten ist, deren Auswirkungen auch einen großen Teil der gesamten deutschen Arbeiterschaft erfassen, verlangt die Denkschrift, daß der Staat in die Breche springen soll mit der Vergabe großer öffentlicher Arbeiten. Hoch- und Tiefbau der verschiedensten Art harren der Ausführung, werden aber aus Mangel an Mitteln aufgeschoben. Das ist Spornmittel am falschen Fied. Es kommt hinzu der riesige Bedarf der Bevölkerung an Wohnungen, für den die Mittel durch schneunige Entreibung der Wohnungsbauabgabe zu beschaffen sind. Daß der Staat seine Aufträge möglichst in Zeiten der Krise ausführen läßt, ist eine durchaus berechtigte Forderung. Sie ist noch dahin zu erweitern, daß Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden in umfassendem Maße die Geldbeschaffung und die Auftragsregelung organisieren. Andernfalls besteht die Gefahr, daß bei steigenden Baustoffpreisen die behördlichen Organe sich an der Jagd nach Baustoffen beteiligen, während durch ihre Zurückhaltung bei sinkenden Preisen die Krise verschärft werden muß. Die produktive Erwerbslosenfürsorge hat hier überdies ein weites Tätigkeitsfeld.

Die Arbeitsgemeinschaft macht es sich aber leicht, wenn sie nur an die Staatshilfe appelliert. Wie steht es mit einem wirksamen Preisabbau, der doch zum Beispiel in der Zementindustrie möglich ist? Ueber die Fragen, die hierher gehören, stellt die Denkschrift hinweg, obwohl gewerkschaftliche Organe sich oft genug gegen den Baustoffwucher gewandt haben. Es wäre Aufgabe der Vertreter der Arbeiterschaft in der Reichsarbeitsgemeinschaft gewesen, diesen Gesichtspunkt zu betonen. Solange die Baustoff erzeugenden Industrien aus sich heraus keine Anstrengungen machen, die Baustoffe zu verbilligen, solange haben sie auch kein Recht, an den Staat heranzutreten. Wenn das Privatkapital den Baumarkt nicht ernähren kann, dann sollte die Industrie sich mit der gemeinwirtschaftlichen Regelung des Baumarktes gründlich abfinden. Andernfalls ist die Krise, die mit dem neuen Marktschub schon wieder etwas abgeklaut ist, durch die staatliche Hilfe lediglich vertagt, nicht beseitigt. Denn die Bauwirtschaft ist ihrer inneren Struktur nach heute umgestürzt, sie bedarf weitgehender gemeinwirtschaftlicher Eingriffe, soll sie genesen.

Die Bautätigkeit im Mai.

Nach den Feststellungen der „Bauwelt“ wurden im Mai 638 Wohnbauten sowie 300 Fabrik- und sonstige Bauten ausgeführt gegen 8862 Neubauten im Mai 1922, im April d. J. 385 Wohnbauten sowie 215 Fabrikbauten.

Die Bautätigkeit zeigt ein langsames Wiederansteigen. Die Zahl der geplanten Neubauten bleibt jedoch weit hinter den Vergleichszahlen des Vorjahres zurück. Besonders groß ist die Zahl der Dachausbauten.

Ein Steinsalz-Syndikat. Die bisher zu einer Konvention zusammengegangenen Steinsalzwerke Deutschlands haben nunmehr ein Steinsalz-Syndikat G. m. b. H. gegründet. Eine Reihe von Werken hat sich zu besonderen Gruppen, die auch gleichzeitig den Verkauf tätigen, zusammengeschlossen.

Neuer Eisenpreis. Gießerei-Roh Eisen I 1 619 000 M., III 1 616 000 M., Luxemburger Qualität I 606 000 M., Siegerländer Stahlisen 1 604 000 M., Spiegeleisen 1 768 000 M. Durchschnittspreis für Roh Eisen, welches mit inländischen und ausländischen Brennstoffen hergestellt wird: Hämatit und co-armes Stahlisen 2 116 000 M., Gießerei-Roh Eisen I 2 086 000 M., III 2 083 000 M., Luxemburger Qualität 2 073 000 M.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 russische Mark 2174,50 Geld, 2185,50 Brief; 100 österreichische Kronen 109,82 Geld, 110,38 Brief; 1 ungarische Krone 12,96 Geld, 13,01 Brief; 1 bulgarische Leva 830,50 Geld, 844,50 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 867,50 Geld, 872,50 Brief; eine polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 1,17 M.

Verantwortlich für Politik: Walter Schill, Berlin; Wirtschaft: Arthur Satermas, Reichsbahnhof; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Funktionäre: A. S. Decker, Berlin-Mittemdorf; Lokales und Sonstiges: Willy Mühsen, Berlin-Pankow; Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Verlag: Nordwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Borntrags-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin G. B., Lindenstraße 3. Hierzu eine Beilage und „Jugend-Vorwärts“.

DUFTIG * „RUCCA“ der NIKOR * KÖSTLICH

Vertretung und Lager für Groß-Berlin: M. Schlewinsky, Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Str. 48. Telefon: Amt Pfalzburg 9942, 9943. Alleinverkauf für Hotels, Kaffees usw. für Groß-Berlin: Max Gruban & F. C. Soucy, Berlin NO. 18. Fernsprecher: Amt Alexander 4306, Amt Kdlnstadt 2258. Paul Eggobrecht, Berlin N. 24, Friedrichstr. 109. Fernsprecher: Amt Norden 6000 u. 6001.

Sonntägliche Wanderziele.

Hangelberg—Rauen—Fürstenwalde.

Von der Stadtbahn fahren wir mit den Fürstenwalder Jügen über Erkner (hier umsteigen) bis Hangelberg. Nach kurzer Wanderung in südöstlicher Richtung haben wir die Spree erreicht. Wir lassen uns an der Fährstelle überlegen und kommen in gleicher Richtung durch schönen Wald nach Braunsdorf. Wir wandern im Gebiet des alten Berliner Urstromtals; deshalb ist das Gelände ziemlich eben, und da der Boden aus Sand besteht, kommen hier ausgedehnte Kiefernwälder vor. Braunsdorf liegt am Oder-Spreecanal, der den reich gewundenen Lauf der Spree beträchtlich abkürzt und dadurch eine bessere und schnellere Verbindung der Spree mit der Oder schafft. Von Braunsdorf wandern wir südlich, anfangs über Felder, dann wieder durch Wald nach Markgraf-pieske, auf einer inselartigen Erhebung in einer ausgedehnten Niederung gelegen. Im südlichen Teil des Dorfes bei der Kirche geht der Weg nach Rauen in östlicher Richtung ab. Sobald wir Markgrafpieske verlassen haben, sind wir wieder im Walde, der sich bis Rauen hinzieht.

Im Süden von Rauen erheben sich die Rauenschen Berge bis zu 148 Meter über dem Meeresspiegel oder 110 Meter über der Spree. Auf der Höhe der Berge liegen die Markgrafensteinen, zwei gewaltige Findlingsblöcke, wohl die größten der Mark, die von dem Inlandeis aus ihrer skandinavischen Heimat hierher verfrachtet wurden. Von dem Großen Markgrafenstein, der ursprünglich 29,50 Meter Umfang und 8,50 Meter Höhe hatte, ist im Jahre 1826 ein 1600 Zentner schweres Stück abgeprengt worden. Daraus wurde unter Leitung des Baumeisters Cantian die große Schale vor dem Alten Museum in Berlin hergestellt; auch die Friedenssäule auf dem Belle-Alliance-Platz stammt von dem abgeprengten Stück, ebenso der Steinerner Tisch und die Bänke, die in der Nähe der Markgrafensteinen aufgestellt sind. Der stehengebliebene Rest des Steines ist noch 6,60 Meter hoch; davon stehen 1,90 Meter in der Erde. Der Kleine Markgrafenstein liegt noch unberührt; sein Umfang beträgt 21,50 Meter, seine Höhe 5,70 Meter. Die Rauenschen Berge bilden, ebenso wie die Soldaten- und Dubronberge östlich von ihnen, eine eiszeitliche Stau-Endmoräne. Ihr Kern besteht aus Ablagerungen, die dem erdgeschichtlichen Zeitabschnitt vor der Eiszeit, dem Tertiär, entstammen. Sie setzen sich hauptsächlich aus Tonsteinen und Braunkohlen zusammen, die jetzt noch abgebaut werden. Der höchste Punkt der Rauenschen Berge trägt ein trigonometrisches Gerüst, das bestiegen werden darf (nur schwindelfreien Personen anzuraten). Ein prächtiger Ausblick über das Spreetal im Norden mit Fürstenwalde sowie über den Scharmühselsee im Süden und das schöne Waldgebiet rundum bietet sich von hier.

Von Rauen wandern wir auf der Chaussee nach Fürstenwalde. Diese alte Stadt, die zwei Jahrhunderte hindurch der Sitz der Bischöfe war, liegt an der schmalsten Stelle des hier nur drei Kilometer breiten Urstromtals. Hierzu kommt noch die Inselbildung der Spree an dieser Stelle, so daß das Tal besonders leicht überschnitten werden konnte. Eine wichtige Handelsstraße führte vom Süden zur Ostsee hier vorüber. Der alte Stadtkern mit seinen winkligen Straßen und kleinen Häusern liegt an der Spree. Zum Bahnhof hin erstrecken sich die neueren Stadtteile. Nördlich der Bahn befinden sich die großen Fabrikanlagen von Julius Pintsch. Ueber Erkner (umsteigen) fahren wir nach Berlin zurück. Weglänge etwa 27 Kilometer (mit Besuch der Rauenschen Berge).

Zeuthen—Rangsdorf.

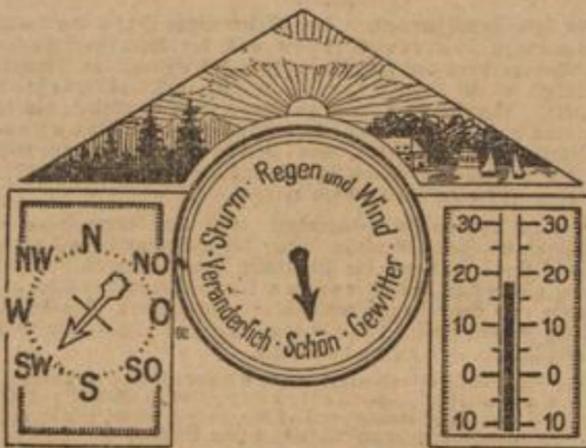
Vom Görtzener Bahnhof oder von der Stadtbahn (in Nieder-schöneweide umsteigen) fahren wir mit den Borortzügen bis Zeuthen. Eine kurze Wanderung durch Wald bringt uns vom Bahnhof in südwestlicher Richtung nach Riersdorf. Jenseits des Dorfes wandern wir rechts die Schulzendorfer Chaussee weiter. Nach wenigen Minuten geht links ein Weg ab, auf dem wir rechts zum Papenberg und Hinkelberg vorüber durch schönen Wald zum Refektorium Büskow kommen. Hier kreuzen wir die Chaussee von Riedöllen nach Königswillershäusern. In bisheriger Richtung wandern wir durch den prächtigen Wald bis zu einer Waldede. Hier hört der Wald auf der rechten Seite auf, fruchtbare Felder nehmen seine Stelle ein. Zur Linken begleitet uns der Wald noch ein Stück weiter, bis wir an die Landstraße von Rietzbusch nach Brunsdorf kommen. Wir folgen ihr nach links, der Wald tritt zurück. Bald haben wir Brunsdorf erreicht, das zu dem im 13. Jahrhundert neu begründeten Dörfchen gehört. Von den Kriegs-

nöten vergangener Tage gibt uns die Geschichte dieses abgelegenen Dörfchens traurige Kunde. Um 1624 zählte man in „Brunsdorf“ 10 Bauern, 7 Kossäten, 1 Hirt und 1 Lauffchmied. Während des 30jährigen Krieges litt das Dorf jedoch dermaßen, daß nur noch ein Kossät übrig war. „Die andern Bauern und Kossäten sind alle umgekommen.“ Die Dorfkirche weist noch auf das Mittelalter zurück; ihr Turm, der einst dem Schiff im Westen vorgelagert war, ist nicht mehr erhalten.

In westlicher Richtung verlassen wir das Dorf; bald sind wir am Bahnhof Brunsdorf der Mittelniederer Kleinbahn. Die Straße führt rechts von den bewaldeten Klein-Rieniger Bergen vorüber, die ihre Umgebung um etwa 25 Meter überragen. Die Hochfläche des Teltow, auf der wir uns befinden, ist ein Gelände, das von vielen kleinen Erhöhungen und Bergrücken überzogen ist. Die bedeutendste Erhebung ist der Groß-Wachnower Weinberg im Süden, zwischen Groß-Rachnow und Mittenwalde, deren höchster Punkt etwa 40 Meter über der südlich vorgelagerten Niederung liegt. Wir kommen nach Klein-Rienig, das im 14. Jahrhundert enge Beziehungen zu der wichtigen Grenzfestung Mittenwalde hatte. Auch dieses Dorf ist von den Schrecken des 30jährigen Krieges arg heimgesucht worden. Die Kirche ist ein mittelalterliches Gebäude aus Granitfindlingen. In der Nähe steht ein beachtenswertes altes Bauernhaus mit altertümlicher Herdanlage.

Wir wandern in südwestlicher Richtung weiter, an der Ziegelei zu den drei Weiden vorbei und über den Jülowgraben. Hier kommen wir wieder in ein Wäldchen. Rechts erhebt sich der Gerichtshilfenberg. Bald haben wir den Bahnhof Rangsdorf der

Wetteraussichten für Sonntag.



Zu Beginn der Woche drang vom nördlichen Eismeer ein sehr großes und kräftiges Tiefdruckgebiet nach Nordskandinavien und Finnland vor, während das seit längerer Zeit in der Nähe von Schottland befindliche Hoch etwas nach Westen zurückwich. In Deutschland trat daher nach kurzer Auflockerung neuerdings in den meisten Gegenden trübes Wetter ein und fanden seit Sonntag nachmittag zahlreiche Regenfälle statt, die besonders im Nordwesten in der Nacht zu Montag recht ergiebig waren und sich in den folgenden Tagen öfter wiederholten. Bei frischen nordwestlichen Winden gingen die Temperaturen sehr stark hinab, in der Nacht zu Dienstag in Lauenburg in Pommern bis auf 1 Grad über Null, und am Mittwoch und Donnerstag erreichten sie selbst in den Mittagsstunden fast nirgends mehr 15 Grad Celsius. Nach Entfernung des Tiefs hat sich jetzt das westliche Hochdruckgebiet über ganz Frankreich und Mitteleuropa ausgebreitet. Gleichzeitig ist, vermutlich aus niedrigeren Breiten des Atlantischen Ozeans, ein neues umfangreiches Tiefdruckgebiet aufgetreten, das ziemlich rasch nordostwärts weiterzuziehen scheint. Wir haben daher bei milden südwestlichen Winden für Sonnabend überwiegend heiteres Wetter und eine beträchtliche Erwärmung zu erwarten, die sich am Sonntag anfangs wohl noch fortsetzen wird. Bisweilen wird sich zwar wahrscheinlich der Himmel, besonders am Sonntag nachmittag, wieder stark bewölken, doch dürften dann höchstens leichte Sprühregen oder überhaupt keine Niederschläge fallen.

Kassener Borortbahn erreicht. Das Dorf Rangsdorf liegt einige Minuten jenseits des Bahnhofs, am Ostufer des großen Rangsdorfer Sees.

Vom Bahnhof Rangsdorf fahren wir nach dem Potsdamer Bahnhof zurück. Weglänge 18 Kilometer.

Der neue Steuerabzug.

Vom 1. Juni ab ist eine Neuregelung des Steuerabzuges eingetreten. Wir geben im folgenden nochmals, durch einige Beispiele erläutert, die wichtigsten Bestimmungen wieder.

Der Betrag 10 Proz. des Arbeitslohnes ermäßigt sich mit Wirkung vom 1. Juni 1923 ab bei Monatslohn für Ehemann und Ehefrau um je 1200 M. (bisher 800 M.), für jedes Kind 800 M. (bisher 400 M.), für Werbungskosten 10 000 M. (bisher 4000 M.); bei Wochenlohn für Ehemann und Ehefrau je 288 M. (bisher 192 M.), für jedes Kind 192 M. (bisher 96 M.), für Werbungskosten 2400 M. (bisher 960 M.); bei Lohn für volle Arbeitsstage für Ehemann und Ehefrau je 48 M. (bisher 32 M.), für jedes Kind 32 M. (bisher 16 M.), für Werbungskosten 400 M. (bisher 160 M.); bei Lohn für je zwei angefangene oder volle Stunden für Ehemann und Ehefrau je 12 M., für jedes Kind 8 M. (bisher 4 M.), für Werbungskosten 100 M. (bisher 40 M.).

Beispiele

Vom 1. Juni an ermäßigt sich also die zehnprozentige Steuer vom Arbeitslohn

Table with tax calculations for different income levels and family sizes. It shows monthly income, 10% tax, tax-free amounts, and advertising costs before and after the new regulations.

Den erwerbstätigen Kriegsbekämpften wird auf Antrag eine Erhöhung der gesetzlichen Werbungskosten nach dem Prozentfuß der Erwerbsbeschränkung gewährt. Als Nachweis für die Höhe der Erwerbsbeschränkung dient der Rentenbescheid, welcher in jedem Falle dem Finanzamt vorgelegt werden muß. Auch andere Personen (z. B. Militärrentnern, Friedendienst-bekämpften, Unfallrentnern usw.) wird eine Erhöhung der gesetzlichen Werbungskosten auf Antrag vom Finanzamt gewährt.

„Glückliche“ Ehen.

Der 47 Jahre alte Mechaniker Jakob Schick und dessen 42 Jahre alte Ehefrau gerieten in ihrer Wohnung in Steglitz in einen heftigen Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. In ihrer Angst ergriff die Frau eine Axt und brachte ihrem Mann durch mehrere Schläge zwei tiefwunde Kopfwunden bei. Dieser künftige zur nächsten Rettungswache, wo ihm die ersten Verbände angelegt wurden. Nach Ausfragen von Hausbewohnern hat die Frau lediglich in der Notwehr gehandelt. — In der vergangenen Nacht kam es auf dem Heimwege zwischen dem Mechaniker Friedrich und dessen Ehefrau in der Nähe ihrer Wohnung in der Bellermannstraße zu einer heftigen Auseinander-

(Copyright by Wegweiser-Verlag Berlin.)

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Aus dem Dänischen von Erwin Magnus.

Er machte seine gewöhnliche Runde über das Deck. Es war kalt, aber still. Im Kanal sah er das kohlschwarze Spiegelbild der Dillen des Schiffes und seiner eigenen Silhouette gegen das Licht der Gammelholmer Laternen. Er dachte, wenn er jetzt lauschte, so würde er den elastischen Schritt seines Vaters hören, wie er in jener fernen Zeit (scharf und regelmäßig über die Schanze des Schulschiffes „Freja“ ging, deren Chef er war.

Der schwarze Spiegel des alten Kanals erschien ihm wie ein Gewicht an seinen Fußsohlen, das ihn in düstere Melancholie hinabzog. Er lebte sich zurück in seine heimatlose Kindheit in dem alten Quartier, das dort hinter den gelben Giebeln von Nyhavn verborgen lag.

Die Bestimmung der Familie trug damals wie jetzt Spuren des alten hofadligen Gepräges aus der Zeit, da Amalienborg entstand, doch als eine der letzten in der Straße und schon gezeichnet vom Hafen und der Nähe obstruier Wirtschaftler: zur Hälfte noch vornehmes Barock. Aber schließlich hatte Kommandeur Gude erklärt, nun wolle er, weiß Gott, sein Haus modernisieren, und hatte seinen Maurermeister die Fassade mit einem spiegelgläsernen Erker in ganzer Höhe des Hauses schmücken und noch ein Stockwerk mit Schieferdach an Stelle der glasierten Ziegel der Mansarde aufsetzen lassen. Ein Zigarrenhändler bekam seinen Laden im Erdgeschloß, die Pförtnerloge wurde zu einem Café mit Theaterbilletthändlern und brüllenden Nachigästen, und das Tor stand ewig offen und ließ über von Pakisten und Stroß aus den Lagerräumen des Hinterhauses, von wo die Kinder ihre Schlupfweg und Fußgänge bis zur Kräftehugade und dem nahen Hafen hatten.

Aber dort vor dem Tore sprang der Vater während des Besuchs der Jarenfamilie in Fredensborg aus der Equipage, auf deren Boß der Hofkutscher stramm saß, die Peitsche emporgestreckt wie die Riemen in der Schaluppe des Chefs, wenn der Kaiser vom Bord ging. Der Kommandant trug Armknäure als Adjutant des Prinzen. Rasch enterte er die Smaragdäuler hinaus, die angingen, wo die Risten des Zigarrenhändlers aufhörten, fluchte jedesmal, wenn er von einer Fahrt heimkehrte,

über den Zustand der Treppe, seine Schlüssel raffelten in der Tür, Mantel, Mütze und Handschuhe flogen dem Diener Hermansen in den Arm, er musterte seine Uniform und den pechschwarzen Vollbart eine Sekunde im Pfeilerpiegel, ehe er, durch die Nase witternd, noch mit dem wiegenden Gange, der bei Hofe gebräuchlich war, ins Speisezimmer ging, um irgendeine Anordnung zu entdecken und Rotwein zum „Temperieren“ an den Kamin zu stellen.

Es war jene Zeit zu Anfang der Neunziger, als die Damen gerade die Turnüre abgelegt, jedoch die Schinkenärmel eingeführt hatten. Er erinnerte sich, daß er damals nie das Gesicht seiner Mutter im Profil, sondern nur die ungeheuren Aermelschultern und ein wenig von einem Chignon im Netz gesehen hatte. Sie lebte in einem Salon aus poliertem Rußbaum, in dem Tische aus Naturholz mit Klunkern vor das unmoderne Mahagoni aus der Zeit der Urgrößen gestellt waren. Hier saß sie, wenn sie nicht Besuche machte, jeden Nachmittag und nahm zusammen mit drei jüngeren Komtessen Unterricht im Kolorieren von Porträts königlicher Personen mit Chromfarbe auf Glas, oder dekorierte mit Brandmalerei Photographierahmen, die, mit Ausnahme der ersten brandstiftigen Versuche, auf die Blüschische im Salon gestellt wurden.

Später, als die Kaiserin des Bronzierens durch die Stadt ging, nahm auch der Vater, von dem brennenden Triebe der ganzen Oberklasse nach Kunst und Schönheit in seinem Heim ergriffen, an der Jagd teil.

Gemeinsam zogen sie durch die Stuben und späten und schnüffelten nach Dingen, die sie vergolden konnten: zuerst Thorwaldsens „Nacht und Morgen“, dem Verlauten nach vom Meister selbst in Marmor ausgeführt, aber ein häßlich weiches und unheimliches Plakat an der Wand! — dann die alten, schweren Barockrahmen, deren Gold um die Porträts der Urgrößen längst verblüht war und die man anstandshalber nicht mehr hängen haben konnte — sie erhielten eine Lage grüner Tinktur mit Bronzepulver, die mächtige Krone in gemundenem Rokoko wurde vom Kommandeur eigenhändig mit dem Borstenpinsel eingeschmiert, alle Garderobenhaken und alle Riegel des ganzen Hauses wurden mit Aluminium belegt. Schließlich waren die Eltern ratlos: was gab es noch zu vergolden? Küchengerät? Kaminvorsetzer? Die Gruppe der drei mit der Riesenschlange kämpfenden Männer, deren Bronze ganz grün vor Alter war? Da waren die eisernen Bettstellen der Kinder! Beide Eltern stürzten mit Bronzetinktur und

Pinseln durch den langen Korridor nach dem Kinderzimmer, das hinter den Dienstbotenstuben über dem Hinterhausiore lag. Und Edith und Holger schloßen seit jener Nacht wie die Prinzen in Goldbetten und kriegten Goldstaub auf die Nase, wenn sie Gefängnis spielten und miteinander durch das Gitter stürzten. Dreimal kaufte Kommandeur Gude Gemälde, die im Speisezimmer aufgehängt wurden: „Das dänische Panzergeschwader bei Seegang“, mit mächtig schäumenden Wogen, „Die Königsfamilie geht von Bord“, mit roten Sonnenschirmen und den Matrosen der Schaluppe in Weiß, sowie „Johannes wird im Jordan getauft“, das, wie die Tante Hofdame sagte, unpassend war, bis sie erfuhr, wen das Bild vorstellte, und das bei der Ausstellungstombola zum halben Preise gewonnen war.

Die Mutter war größer und voller als irgendeine Dame, die ins Haus kam. Wenn sie mit dem königlichen Bereiter ausritt, mußte sie das allerschwerste Pferd der Husarenkaserne haben. Sie war die schönste Dame, die er je gesehen hatte, wenn die Kinder durch die Türspalte guckten und sahen, wie sie mit Zwirnhandschuhen an den Händen und die zwölfknöpfigen Handschuhe über die Ellbogen hinaufgeschoben, im ausgeschüttelten weinroten Seidenleid, vor einer Gesellschaft Karten auf die Kläfer legte — bis der Diener Hermansen von hinten kam und ihre Ohren zwischen seinen Knöcheln drehte, ohne daß sie zu mußen wagten. Sie durften nicht im Hofe spielen, damit ihre Somtblusen und Spitzenragen nicht beschmutzt wurden, ehe sie zum Desser: herintommen durften, denn das war, wie sie mußten, das einzige, was sie heute zu essen bekamen. Das Kinderzimmer war ihnen verboten, das war vollgestapelt von Glas und Porzellan, auf Ediths Bett standen Schüsseln mit Mustern, und auf dem des Knaben das Dessert, die drei großen Schokoladertorten. Wollte man davon naschen, so mußte es ganz unten vom Creme dicht an Oblatenpapier gefahren, so daß man es nicht an der Schokolade sehen konnte. Und Hermansen paßte gut auf!

Kamen sie in die Küche, so bespritzte die Köchin sie mit lodender Fleischsuppe, und im Anrichtezimmer war für Hermansen, die Jungfer und die beiden Stubenmädchen mit lächerförmig gefalteten Servietten und fünf Gläsern für jeden gedeckt. Auf dem Kohlenkasten sah der Bürsch des Kommandeurs, der aus dem Fischerdörfchen war, wo sie den Sommer zubringen pflegten; wenn der Vater Geschwaderchef war, sorgte er dafür, daß sie fünf Wochen dort lagen.

Er hieß Johannes und ah mit dem Messer. (Fortsetzung folgt.)

sehung. Pöflich zog er einen Trommelstock und feuerte einen Schuß ab, der zwar nicht traf, die Frau aber zum Schreien brachte. Herbeieilende Polizeibeamte beschlagnahmten den Revolver und zwei leere Hülsen und stellten die Persönlichkeit des Schützen fest.

Straßenbahn 600 Mark.

Die Deutschnationalen verlangten 800 Mark!

Die Verkehrsdeputation entwarf gestern nach längerer Debatte, angeleitet von dem im Juni erfolgten starken Markverfall, eine Erhöhung des Tarifs auf 600 M. zugestimmt, um Defizitwirtschaft zu vermeiden und zu verhindern, daß später der Tarif um so schärfer angepaßt werden muß. Die Deutschnationalen, deren demagogische Presse in allen Tonarten gegen den Magistrat wettert, weil er „Tarifwucher“ betreibt, verlangten 800 M., weil sie wußten, daß das abgelehnt würde und weil sie selber sich an keiner Verantwortung beteiligen wollten. Die Demagogie ist zu albern, als daß sie nicht jeder durchhaut. Der neue Tarif tritt am Montag, den 11. Juni, in Kraft. Es kostet dann die Einzelfahrt 600 M., der Umsteigefahrt 900 M., für Kinder, Kriegsbeschädigte, Lehrlinge Studenten usw. 300 M., Wochenkarten 6000 M.

Erhöhter Ruhegehalt für Straßenbahner.

Einen sozialdemokratischen Antrag zufolge erhalten die pensionierten Arbeiter der Straßenbahn eine einmalige Nachzahlung von 228 000 bis 288 000 M. Vom 1. Juli ab sollen die Pensionen auf 180 000, 220 000 und 280 000 M. erhöht werden.

Der „Altmeister der Geldschrankknacker“.

Zum Postraub in der Lohringer Straße.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann die auf mehrere Tage berechnete Verhandlung gegen die Posträuber aus der Lohringer Straße, die in der Nacht vom 20. März 1921 einen verwegenen Raubüberfall auf das Postamt N. 54 unternommen hatten.

Die beiden wachhabenden Beamten waren von einer mehrere Mann starken Bande überfallen und gefesselt worden. Man drohte ihnen, sie auf der Stelle niederzuschießen, wenn sie einen Laut von sich gäben. Dann erbrachen die Räuber im Kassenraum die Geldschänke, aus denen sie Millionenbeträge raubten. Mit ihrer Beute flüchteten sie, mußten aber eine Geldkiste, die 344 000 M. enthielt, zurücklassen. Diese Kiste wurde am nächsten Tage bei der Aufdeckung des Raubes wiedergefunden. Sie stellte sich bald heraus, daß einer der Postbeamten, der Betriebsassistent Paul Kriech, mit den Dieben unter einer Decke stand. Der ungetreue Beamte wurde verhaftet, und bald gelang es, zunächst zwei seiner Mitschuldigen, seinen Bruder Max und den Kaufherrn Willi Stein, festzunehmen. Der Betriebsassistent entzog sich der Bestrafung durch Selbstmord, während die beiden anderen seinerzeit zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß an dem Raub eine Bande von etwa 11 Personen beteiligt war. Erst nach langer Zeit konnte der größte Teil der Beteiligten infolge von Redereien der Ehefrauen ermittelt werden. Es haben sich jetzt 14 Personen, davon fünf wegen schweren Raubes, die übrigen wegen Hehlerei zu verantworten. Der Hauptführer ist der Arbeiter Hugo Suder, der als der „Altmeister der Geldschrankknacker“ gilt. Die Gebrüder Suder verüben bereits wegen anderer Straftaten längere Zuchthausstrafen. Die Anklage richtet sich wegen schweren Raubes gegen den Arbeiter Hugo Suder, den Friseur Paul Suder, den Arbeiter Richard Weste, den Schmidt Max Kriech, den Hundehändler Gustav Herich, wegen Beihilfe zum Raub die Ehefrau des bereits abgeurteilten Stein, Frau Frieda Stein, mitangeklagt. Wegen Hehlerei haben sich zu verantworten: die Ehefrau des Hugo Suder, Käthe Suder, der Friseur Edmond Kramer, dessen Ehefrau Marie, der Revisor Georg Böberg, dessen Ehefrau Martha, der Gastwirt Franz Stendel und eine Frau Hedwig Koch. Zu der Verhandlung ist ein großer Zeugenapparat aufgestellt, und es wirken nicht weniger als 10 Verteidiger für die Angeklagten mit. Die Vernehmung bereitet dem Gericht große Schwierigkeiten. Die Angeklagten wollten sämtlich von der Sache nichts wissen und erklärten, daß, wenn sie dabei gewesen wären, sie doch etwas davon wissen müßten. Mehrere Angeklagte spielten die „wilden Männer“. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Reichskleingärtnerstag und Achtsstundentag.

Der Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands nahm auf seinem am 20. und 21. Mai stattgefundenen Reichskleingärtnerstag zur Frage des angemessenen Verhältnisses zwischen Kleingartenwesen und Achtsstundentag einstimmig folgende Entschließung an:

„In Erwägung, daß das Kleingartenwesen in besonders hohem Grade geeignet ist, zur Gelbung unserer überaus tranken Volkswirtschaft wesentlich beizutragen, ist es eine vornehmliche Pflicht und Aufgabe aller Volksteile, insbesondere aller Regierungsstellen und Verwaltungsbehörden, für größtmögliche Förderung und Schutz des in erfreulicher Entwicklung stehenden Kleingartenwesens wirksam Sorge zu tragen. Aus dieser Erwägung heraus sind Bestrebungen nach einer allgemeinen Verlängerung der Arbeitszeit (und gar gleich um zwei Stunden täglich) eine große Gefahr für die gesamte Kleingartenwirtschaft, der sich erfreulicherweise weite Volksteile, namentlich die großstädtische Arbeitererschaft, zugewandt haben. Sehr viele, namentlich die meisten der der Kleingartenwirtschaft zugehörigen Industriearbeiter würden durch eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit aus ihrem Kleingarten geradezu vertrieben werden, nämlich aus Mangel an Zeit für ordentliche und gewinnbringende Bewirtschaftung ihres Gartens, in welchem sie gleichzeitig die nötige Erholung finden. Die daraus sich ergebenden Folgeerscheinungen würden sich auswirken in einer noch weiteren schweren Schädigung der allgemeinen Volksgesundheit, namentlich bei der heranwachsenden Jugend, ferner durch eine fühlbare Verringerung unserer selbst erzeugten pflanzlichen und tierischen Nahrungsmittel. Die in der Kleingartenwirtschaft verbunden mit Kleinierzucht, erzeugten Mengen von Nahrungsmitteln sind ganz erheblich und fallen bei der heute unzulänglichen Nahrungsmittelversorgung unseres Volkes sehr beachtlich und wünschenswert ins Gewicht. Die darüber veranstalteten örtlichen Statistiken haben überaus günstige Ergebnisse offenbart. Diese zahlenmäßig nachgewiesenen günstigen Ergebnisse haben infolge noch eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung, als die Erträge der Kleingartenwirtschaft vielfach von Brachland stammen, das in der Vorkriegszeit oft zu Hunderten von Hektaren im Bereich der Großstädte nutzlos dalag. Das reiche Deutschland der Vorkriegszeit konnte sich solche Bodenverwendung allenfalls leisten, heute gilt es, jedes, auch das kleinste Stückchen deutschen Bodens der Nahrungsmittelgewinnung zu erschließen und zu trachten, daraus den höchsten Nutzen zu erzielen. Hier hat die Kleingartenwirtschaft, verbunden mit Kleinierzucht, überaus erfolgreich gearbeitet und die Freizeit des Arbeiters in gesundheitsförderlicher und wirtschaftlicher Beziehung überaus günstig beeinflusst. Jede Einschränkung der Kleingartenwirtschaft bedeutet schwere, ja unumgängliche Verluste an Volkswerten, die am wenigsten durch eine längere Arbeitszeit im Betriebe ausgeglichen werden können. Für die weitere Entwicklung der Kleingartenwirtschaft ist die achtstündige Arbeitszeit geradezu eine der wichtigsten Voraussetzungen. Den materiellen Werten sind die idealen zuzurechnen. Im Kampfe gegen die Tuberkulose, den übermäßigen Alkoholgenuß, das Wirtschaftslernen, gegen Verwilderung der Jugend

und Sparinarchheiten bildet die Kleingartenwirtschaft ein sehr wirksames Mittel.

Aus allen diesen Gründen erklärt sich der Kleingärtnerstag mit Nachdruck für Beibehaltung des Achtsstundentages; er erwartet von der Gesetzgebung, daß sie alle Bestrebungen auf Verlängerung der Arbeitszeit ablehnt.

Der Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands umfaßt in seinen Unterorganisationen zurzeit rund 300 000 Mitglieder. Er ist eine wirkliche Einheitsorganisation aller Kleingartenbewirtschaftler, die das Kleingartenwesen als eine öffentliche soziale Angelegenheit behandeln.

Eine vierjährige Zeugin.

Während nach dem Strafrecht mancher Kinder nicht als Zeugen vernommen werden können, beispielsweise dürfen nach dem schwedischen Recht Kinder unter 16 Jahren überhaupt nicht als Zeugen auftreten, ist nach der deutschen Strafprozessordnung die Altersgrenze auch nach unten hin unbeschränkt. So kam es, daß in einem Strafverfahren gegen den Lehrling M. wegen Sittlichkeitsverstoßens vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I ein vierjähriges Mädchen, an dem sich der Angeklagte vergangen haben sollte, als Zeugin geladen worden war. Bei dem Aufruf stellte sich heraus, daß das geladene Fräulein M. kaum drei Jahre hoch war. Komischerweise war eine 13jährige Zeugin als „Frau C.“ geladen. Das Gericht vernahm „informativ“ die vierjährige Zeugin. Das spielte sich in der Weise ab, daß der Justizwachtmeister die kleine Zeugin auf den Zeugensitz stellte, und da dieser Standpunkt zu unsicher erschien, schließlich auf einen Stuhl, der an den Richtertisch herangeschoben wurde. Der Vorsitzende fragte nun die „Zeugin“: „Weißt du auch noch, was es gestern zu Mittag gegeben hat?“ Unter allgemeiner Heiterkeit verneinte die „Zeugin“ diese Frage. Es kam übrigens noch zu keinem Urteilspruch, da der Termin wegen Fehlens einer Zeugin vertagt und die neue Verhandlung nach dem 1. Juli stattfinden wird. Da der Angeklagte noch nicht 18 Jahre alt ist, so greift von diesem Zeitpunkt ab die neue Bestimmung Platz, daß Jugendliche nicht mehr vor der Strafkammer, sondern nur noch vor dem Schöffengericht zur Aburteilung kommen. Infolgedessen gab das Gericht die Strafsache an das Schöffengericht ab.

Zu Tode gemißhandelt. Der Kalermeister Otto Wed und der Kaufmann Walter Geride aus der Borussiastraße in Tempelhof gerieten vor dem Wohnhause des ersteren, in Tempelhof, Bergstr. 46, in einen Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Geride warf Wed zu Boden und bearbeitete ihn so lange mit den Stiefelabsätzen, bis Wed Besinnung verloren lag. Während man Geride festnahm, wurde Wed nach dem Verbotungsbezirk in Tempelhof geschafft, wo er aber bald seinen schweren Verletzungen erlag.

Aus der Luftkassette gestohlen. Auf dem Rummelpfad in der Mainzer Straße in Neutal führte der vierzehnjährige Schüler Rudolf Schmidt aus der Viehricher Str. 6 an einer Luftkassette und trug einen Bruch des rechten Unterschenkels davon. Er wurde nach dem Urban-Krankenhaus transportiert. Die Schuld trifft den Anaben selbst, da er beim Schaulen — übrigens eine alte Unsitte — gestanden hatte.

Ein öffentliches Plakatspiel veranstaltete der Männer-„Harmonie“ Charlottenburg (M. v. R. S. A.) heute Sonnabend, den 9. Juni, abends von 7—8 Uhr, in der Quitten-, Ecke Uffmannstraße. Es gelangen vornehmlich Volkslieder zum Vortrag.

Der Frauenmord im Erzgebirge.

Die Revision abgelehnt!

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann gestern die Verhandlung gegen den früheren Hülfsrentenamt Röhne, der vom Schwurgericht beim Landgericht Zwickau zu 6 1/2 Jahren Gefängnis wegen Tötung seiner Geliebten und Anzeigung ihrer Schmudgeln und Peinige verurteilt worden war. Den Vorsitz im Senat führt Senatspräsident Stöckel. Rechtsanwalt Dr. Alsbach begründete eingehend die Revision des Angeklagten. Er führte insbesondere aus, daß in der Verhandlung eine Urkunde unter Ausschluss der Öffentlichkeit verlesen worden sei, obwohl die Öffentlichkeit dabei hätte wiederhergestellt werden müssen. Er rügte weiter, daß bei dem Vorkalstermin im Erzgebirge die Zeugen unendlich vernommen worden seien und ihre Vernehmung erst einige Tage später erfolgt sei. Schließlich führte er aus, daß der Wahrspruch der Geschworenen widerspruchsvoll gewesen sei. Der Vertreter des Oberreichsanwalts, Geheimrat Oberregierungsrat Klingensporn, erklärte, daß er schwere Bedenken wegen des Ausschlusses der Öffentlichkeit habe, aber nicht der Auffassung beitreten könne, daß dieser Punkt zur Aufhebung des Urteils führen müsse. Was die Vernehmung der Zeugen bei dem Vorkalstermin angehe, so stehe er auf dem Standpunkt, daß die Zeugen nur informativ vernommen worden seien. Betreffs des Widerspruchs der Geschworenen sei dieser wohl durch einen Schreibfehler zu erklären. Rechtsanwalt Dr. Alsbach trat diesen Ausführungen in längerer Rede entgegen.

Der Strafsenat des Reichsgerichts verwarf nach mehrstündiger Beratung die Revision. Demnach bleibt das Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht Zwickau rechtsgültig.

Ein Muttermörder. Der 17jährige Kaufmannslehrling Hans Ruchner, der am 5. Dezember 1922 die eigene, 56jährige Mutter ermordete und beraubte, um sich für seinen niederlichen Lebenswandel zu verschaffen, wurde von der Strafkammer zu Breslau zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

15. Kreis. Freigemeinnützlich organisierte Angehörige des Bezirksamts Tempelhof: Sonnabend, den 9. Juni, 7 Uhr, Versammlung in Rieberschänke, bei Henschel, Brühlstr. 9.
16. Kreis. Reichler. Sonnabend, den 9. Juni, 8 Uhr, im Frielesgarten, Sozialistische Sitzung des Bildungsausschusses.
17. Kreis. Friedrichshagen. Dienstag, den 12. Juni, 7 1/2 Uhr. Rauminnenversammlung bei Schmidt, Fruchtstr. 36a. Tagesordnung: 1. Die Beamten und die „Kassette“. Referent Oberpostsekretär Gronefeld. 2. Organisationsfragen. Werdeauschüsse oder Bezirksführer müssen einladen. Beifriedensleute mitbringen.
18. 30. 41. 7 1/2 Uhr Zusammenkunft aller Mitglieder und Interessenten. Die Bezirksführer werden gebeten, einzuladen. Wichtig Sitzung! (Das neue Mitgliederbuch!)
44. 45. 46. 47. 48. (Sozialistische Arbeiterjugend Reichsberger Viertel.) 7 Uhr Abendabend in der Schulania Vlogauer Str. 15. Eintritt 100 M.

Heute, Sonnabend, den 9. Juni:

Morgen, Sonntag, den 10. Juni:

84. 85. 86. Die Genossen beteiligen sich mit ihren Familien an dem Waldlauf der Arbeiterjugend an der Wagnowes-Straße. Beginn 1/2 Uhr.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

18. 19. 20. In der letzten Nacht Ernst Lange, Bornemannstr. 3, kurz vor 1000. Störung Heiligens, ist verstorben. Die Einäscherung findet heute, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr im Krematorium Gerichtsweg statt.

Jugendveranstaltungen.

84. 85. 86. (Sozialistische Arbeiterjugend Reichsberger Viertel.) 7 Uhr, Abendabend in der Schulania Vlogauer Str. 15. Eintritt 100 M.

Kreisleiter Vorpost: So. 9. u. 10. Wanderung nach Potsdam-Casow. Treffpunkt Sonnabend 8 Uhr Bahnhof Briele. — Streik II: So. 9. Nachhitzer Grenzberg-Flüchler-Treffen. Treffpunkt 8 Uhr abends Bahnhof Südbau. Reichsleiter Sonntag 7 Uhr Bahnhof Südbau. — Streik III: So. 9. Nachhitzer Belgis-Birgenburg-Nachhitzer. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Südbau.

Der Zusammenbruch der Stützungsaktion.

Die Prüfung im Reichstagsauschuß.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Unter Verzicht auf weitere Einzelheiten betont jedoch Genosse Herich, daß andere als technische Maßnahmen zur Stützung der Mark nicht eingeleitet werden sind, abgesehen von der Kreditbeschränkung, die nur kurze Zeit gedauert hat. Ich glaube, daß durch den Abbau der Steuern die Tendenzen verstärkt wurden, die die Gegenwärtigkeit gegen die Mark hervorgerufen haben, insbesondere die Geldflutigkeit.

Auf Anregung des Abg. Hefflerich sollen die Fragen der Finanzpolitik in Gegenwart des Reichsfinanzministers weiter beraten werden.

Ein anwesender Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt noch, daß am Anfang April an die Finanzämter Weisungen zur beschleunigten Einziehung der Steuern hinausgegangen seien, die einigen Erfolg gezeitigt hätten.

Genosse Herich verweist darauf, daß diese erhöhten Steuereingänge erst vom 20. bis 30. April verzeichnet worden sind, also erst nach dem Zusammenbruch der Stützungsaktion. Diese Feststellung habe also auf seine Frage keinen Bezug.

Abg. Dernburg (Dem.) bemühte sich in langem Frage- und Antwortspiel um den Nachweis, daß der Wechselkurs der Reichsbank verglichen mit der Vorkriegszeit gar nicht groß sei. Das stimmt, wenn man eine Umrechnung in Gold vornimmt. Denn dann beträgt der gesamte Wechselkurs der Reichsbank heute etwas über eine Milliarde, während er vor dem Kriege achtzehnhalb Milliarden gewesen ist. Außerdem läßt sich Dr. Dernburg bestätigen, daß durch die Kreditbeschränkung die Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gelitten habe. Einen breiten Raum in den weiteren Erörterungen nimmt die

Frage der Zentralisierung der Devisenbeschaffung

ein. Staatssekretär Teubelbenedict betont, daß eine Ueberwachung, wie sie die Zentralisierung voraussetze und wie sie während des Krieges bestanden hat, heute ausgeschlossen sei, da die deutsche Wirtschaft heute tausendfältig mit der Weltwirtschaft verbunden sei. Alle Teile der Wirtschaft hätten jetzt ihre Devisenkäufe zu melden; es bestünde die Möglichkeit einzuschreiten, wenn mißbräuchliche Käufe festgestellt würden. Durch eine Devisenzentrale würden die jetzigen Restriktionsmaßnahmen in ein System der Zensur umgewandelt werden. Jeder einzelne müßte bei der Zentrale kaufen; diese wäre dann nicht in der Lage, auch nur den absolut legitimen Bedarf der deutschen Wirtschaft sicherzustellen. Für Nachforschungen nach der Legitimität würde sie gar keine Zeit haben. In Deutsch-Oesterreich beschäftigte die Devisenzentrale 750 Personen, in Deutschland müßten es mindestens 2000 bis 3000 sein. Zudem spiele eine große Rolle, daß

etwa ein Viertel des Reichsgebietes in fremder Gewalt

ist. Geheimrat Kaufmann vom Reichsbankdirektorium würde die Zentrale für einen idealen Zustand halten, aber die technischen Schwierigkeiten veränderten das Zustandekommen. Wenn alles durch eine Stelle gehen sollte, würde ein vollständiges Chaos werden. Schon bei den bisherigen Maßnahmen habe man immer beobachtet, daß die Reizung wachse, die Geschäfte aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet zu verlegen. Man müsse also von dem Idealzustand absehen und sich mit den jetzt neuerschaffenen Kontrollmaßnahmen begnügen. Die Reichsbank, die mitten im Verlehe stehe, eigne sich sehr schlecht zum Polizeigebiet; daher sei es zu begrüßen, daß die Kontrolle in die Hände einer Stelle gelegt worden sei, die unabhängig sei von den laufenden Geschäften. Bankier Loeb verkennt die Vorteile einer Devisenzentrale auch nicht, hält aber die Durchführung selbst im unbesetzten Deutschland für sehr fraglich.

Abg. Lange-Hegermann (Zr.) erkundigt sich dann, unter welchen Bedingungen und Kontrollen

die Kredite im besetzten Gebiet

gegeben worden sind und was dort für eine Nachprüfung möglich sei. Geheimrat Friedlich vom Reichsbankdirektorium gibt zu, daß die Kredite für das Ruhrgebiet liberal gewährt worden sind; Mißbräuche seien möglich, aber nicht festgestellt. Auch gibt er die Möglichkeit zu, die der Abg. Lange-Hegermann erwähnt, daß die gewährten Kredite als Markloose auf den holländischen Markt gekommen sind und so zum Sturz der Mark beigetragen haben.

Genosse Herich fragt, ob der Reichsbank kein Fall bekannt sei, daß einer der großen rheinischen Konzerne einen Kredit von vier Milliarden Mark in Anspruch genommen habe, ohne ihn für den vorgeschlagenen Zweck zu gebrauchen. Der Reichsfinanzminister habe im Haushaltsauschuß diesen Fall zugegeben. — Der Vertreter der Reichsbank erklärt, daß es sich hierbei nicht um einen von der Reichsbank gewährten Kredit handeln könne.

Die Erörterung wendet sich dann der Frage der

Datufakturierung

zu, wie sie in den beiden Devisenverordnungen vorgesehen ist. Dabei unterstreicht der Vorsitzende Lange-Hegermann, daß durch diese Bestimmung der Devisenverordnung den Importeuren und dem Großhandel jedes Risiko des Markverfalls abgenommen worden sei. Das ganze Risiko werde dem Detaillisten aufgebürdet, der nicht in Valuta fakturieren dürfe, sondern durch die Buchergefährdung gehemmt werde. Auf der anderen Seite steht der Detaillist unter dem Druck der Konsumenten. Die Abg. Dernburg (Dem.) und Dauch (D. Sp.) verfechten den Schutz des Großhandels und bezeichnen es als Fehler, daß die Buchergefährdung den Detaillisten hindere, sich der Geldentwertung anzupassen. Mit Recht ruft ihnen Genosse Herich zu: „Dann soll also der Konsument die Geldentwertung allein tragen!“ Auf eine weitere Anfrage Lange-Hegermanns gibt Bankier Loeb vom Bankhaus Mendelssohn u. Co. eine Darstellung der

Zusammenarbeit der Reichsbankfirma Mendelssohn

zur Durchführung der Stützungsaktion. Sein Haus habe in Berlin und Amsterdam für die Reichsbank nach deren Anweisung Mark gekauft und Devisen verkauft, weil die Reichsbank selbst den weitverzweigten Devisenhandelsapparat nicht besitze. Als Ende März der Andrang zum Devisenmarkt größer geworden sei und Summen verlangt wurden, die in die Hunderttausend Pfund gingen, habe die Firma selbst der Reichsbank den Verluß angetragen, eine Zeitspanne in Berlin und der Provinz nicht mehr durch das Bankhaus Mendelssohn intervenieren zu lassen, sondern die Firmen zu zwingen, unmittelbar als Käufer bei der Reichsbank aufzutreten. Denn die Wechsler der Firmen hätte Wert darauf gesetzt, vom Bankgeheimnis geschützt, nicht genannt zu werden. Aus diesem Grunde und auf einen Wunsch der Firma habe die Reichsbank am 2. März ab in Berlin direkt interveniert. Diese Intervention der Reichsbank habe sich nicht mehr den ganzen Tag hindurch abgespielt, sondern nur zum amtlichen Kurs. Der Kontakt Reichsbank-Firma Mendelssohn sei jedoch nicht unterbrochen worden, sondern habe die ganze Zeit hindurch bestanden. Die Gerüchte am 18. April über den Zusammenbruch der Stützungsaktion seien veranlaßt worden durch die Tatsache, daß die

Reichsbank nicht mehr in der Lage

war, durch das Bankhaus Mendelssohn jeden Betrag von Mark zu kaufen oder jede Summe an Devisen abzugeben. Auf einen Einwand des Genossen Herich, der einen Widerspruch zu erheben glaubt in dieser Darstellung des Bankiers Loeb mit der Darstellung der geschlossenen Sitzung, erklärt Geheimrat Kaufmann, daß sich in dem Verhältnis zwischen Reichsbank zum Bankhaus Mendelssohn in der langen Zeit der Stützungsaktion nichts geändert habe. Bedinglich das Programm habe sich geändert; so bestünde die

Zusammenarbeit auch jetzt, nur in kleinerem Umfang.

— Mit dieser Vernehmung der beteiligten Sachverständigen vertagte der Ausschuß vorläufig seine öffentlichen Sitzungen. Zunächst werden einige geschlossene Sitzungen folgen; später will der Ausschuß noch eine Reihe von beteiligter Sachverständiger hören.

Jugend-Vorwärts

Nummer 4 / Sonnabend, den 9. Juni 1923

Der „Jugend-Vorwärts“ ist ein Diskussionsorgan der Arbeiter-Jugend und der Jungsozialisten. Es können hier gelegentlich auch Meinungen zum Ausdruck kommen, die dem Standpunkt der Partei nicht vollkommen entsprechen. Die Redaktion trägt daher für den Inhalt dieser Beilage nur die pressegesetzliche Verantwortung. Redaktion des „Vorwärts“.

Ueber alles — die Einheit der Bewegung.

Zur Generalversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Von A. Gurland.

Die Arbeiterjugendbewegung ist eine politische Kampfbewegung. Die sozialistische Arbeiterjugend ist nicht politisch tätig, sie unternimmt und leitet keine politischen Aktionen, aber indem sie um die Seele der arbeitenden Jugend kämpft und die von ihr organisatorisch erfasste Jugend politisch und kulturell in sozialistischen Sinne erzieht, leistet sie ein Stück des allgemeinen, seinem Wesen nach politischen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse, ist sie ein unerlässlicher Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes. In dieser Begrenzung der Aufgaben und in dieser Wertung der politischen Bedeutung der Arbeiterjugendbewegung sind wir uns im Grunde genommen alle einig. Der Kampf um das Problem „Kampf- oder Erziehungsbewegung“ ist somit nichts als ein Streit um Worte.

Was bleibt aber dann übrig von dem berührten Gegensatz zwischen „der alten KJ.“ und der „alten S.J.“? Grundsätzlich gar nichts. (Angehts der vollen Uebereinstimmung in der sozialen Bedingtheit der beiden Bewegungen wäre es auch für Marxisten, die mir uns zu sein rühmen, eine Ackerlehre, einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen den beiden Richtungen konstruieren zu wollen. Wäre ein solcher vorhanden gewesen, so wäre die Einigung überhaupt nicht zustande gekommen.) Und dennoch ist ein Gegensatz tatsächlich da, und sprachen Teilnehmer unserer Göttinger Reichskonferenz von zwei innerlich geschiedenen Fraktionen, die auch die Konferenz nicht aus der Welt geschafft hätte.

Sind wir uns über das Wesen unserer Bewegung als Teil der gesamten Klassenkampfesbewegung des Proletariats im klaren, so dürfen wir auch nicht vergessen, daß in diesem Fall die Einheit der Bewegung über alles geht, da wir sonst in Widerspruch mit dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes selbst geraten würden, der geschichtlich gesehen einheitlich ist und nur als Einheit möglich erscheint.

Fraktionsbildung innerhalb der Organisation ist daher nur mit bestimmter Zwecksetzung zulässig und darf nicht zur Entstehung dauerhafter, irgendwie „prinzipiell“ veranforderter Gebilde führen, denn in diesem Stadium muß sie die Gesamtbewegung schädigen.

In diesem Sinne war die Aufrechterhaltung des S.J.-Organisationsapparates, wie sie — wenn auch nicht offiziell — so doch praktisch zum Teil auch heute noch besteht, innerhalb der gesamten Organisation insofern berechtigt, als sie eine nachträgliche Modifizierung der Einigungsbedingungen als praktisches Ziel im Auge hätte. Nachdem hier indes bereits in den ersten Wochen alles verflüchtigt wurde, was verflüchtigt werden konnte, und nun auch die allein maßgebende Reichskonferenz der S.J., den bestehenden Zustand sanktioniert hat, hat die Spaltung unserer Organisation in Wirklichkeit jeglichen Sinn verloren. Was man sich von uns noch trennt, sind entweder sachliche Meinungsverschiedenheiten aus der praktischen Arbeit oder persönliche Zwistigkeiten, letztere praktisch in erster Linie. Beides kein Grund zur Spaltung der Organisation.

Unter diesen Umständen hätte die am 3. Juni tagende Generalversammlung der S.J. Groß-Berlin eine doppelte Aufgabe. Erstens mußte sie den Kampf der Fraktionen — und sei es auch mit den größten Opfern — aus der Welt schaffen. Und da der Fraktionskampf praktisch zu einem Klientelkampf geworden ist, hätten zu allererst die „Allyons“ beiseite gelassen werden müssen. D. h. die „Fraktionsführer“ auf beiden Seiten mußten für eine Zeitlang verschwinden, — bis auch sie eingesehen hätten, daß objektive Gründe für einen erbitterten Kampf innerhalb der Organisation nicht vorhanden sind.

Auf der anderen Seite hätte die Generalversammlung die Pflicht, sich mit allen tatsächlichen vorhandenen, aus der alltäglichen Arbeit sich ergebenden Meinungsverschiedenheiten nicht im Geiste des üblichen Fraktionsgezänks, sondern sachlich auseinanderzusetzen. Wäre das unmöglich gewesen, so war doch wenigstens die Möglichkeit vorhanden, einer ungeschicklichen Behandlung der ganzen Materie, die sich ja im wesentlichen um Statutenänderungen drehte, aus dem Wege zu gehen durch Ueberweisung dieses ganzen Fragenkomplexes an eine paritätisch oder irgendwie neutral zusammengesetzte Kommission, die dann das vorhandene Material durchsichtet und ihre Statutenänderungsvorschläge den Abteilungen zur Diskussion und der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet hätte. Bis dahin wären hoffentlich alle Wunden vernarbt und eine sachliche Auseinandersetzung möglich geworden.

Die Generalversammlung ist diesen Weg nicht gegangen. Sie hat von einer allgemeinen Revision der Statuten abgesehen und die einzelnen Änderungsanträge dem Bezirksvorstand überwiesen. Sie hat den Bezirksvorstand ausschließlich mit Vertretern der Mehrheit beauftragt (von belanglosen Ausnahmen abgesehen), somit eine über ein Drittel der Gesamtorganisation zählende Opposition von jeglichem Einfluß auf den Bezirksvorstand ausgeschlossen. Eine solche Zusammenfassung des Bezirksvorstandes mag im Interesse einer einheitlichen und geschlossenen Arbeit derselben begrüßenswert erscheinen, im Hinblick auf die Verhältnisse innerhalb der Organisation bedeutet sie einen Schritt zur organisatorischen Spaltung. Man wird erlauben können, daß weniger disziplinierter Abteilungen selbst die laufenden geschäftlichen Angelegenheiten mit diesem Bezirksvorstand nicht werden erledigen wollen, daß andere wieder in irgendwelchen organisatorischen Konflikten sich der Autorität „dieses“ Vorstandes nicht fügen werden, daß mit einem Wort die Spaltung organisatorische und deshalb die Einheit der Organisation aufs äußerste gefährdende Formen annimmt.

Alles, was dazu führen könnte, was geeignet wäre, die Unsicherheit innerhalb der Organisation weiter zu verschärfen, wird die Opposition zu vermeiden suchen. Denn über den Kampf, den sie führt, geht über die Einheit der Bewegung. Aber gerade das Interesse der Bewegung und ihrer Einheit verlangt, daß die vorhandenen Gegensätze nicht vertuscht, sondern sachlich ausgeklärt werden. Diese Gegensätze beruhen formal auf der Reformbedürftigkeit des Berliner Disziplinarstatuts. Was aber inhaltlich in dem Statutenproblem steckt, ist etwas Tieferes, Grundfähleres. Bechten Endes ist das die Frage, ob Bürokratismus oder Demokratie im Aufbau und in der Arbeit der Organisation. Der Kampf der Organisation im Kampf gegen bürokratischen Geist, für Demokratisierung des Organisationsapparates und der Arbeitsmethoden der sozialistischen Arbeiterjugend. Ihre Waffen in diesem Kampfe sind Vertiefung des sozialistischen Bewußtseins der arbeitenden Jugend und ihre Erziehung zum Verständnis der Erfordernisse des proletarischen Klassenkampfes, dessen Bestandteil der Kampf der sozialistischen Arbeiterjugend bildet.

Wichtige Arbeit!

Von Ludwig Diederich.

Durch die Reichskonferenz der sozialistischen Arbeiterjugend am 12. und 13. Mai in Götting wurden unserem Verbande Notwendigkeiten für unsere fernere Arbeit aufgezeigt. Auch die Berliner Jugendorganisation wird jetzt daran gehen müssen, die Ergebnisse dieser Konferenz auszuwerten und Wirklichkeit werden zu lassen. Die Referate über „Sozialistische Erziehungsarbeit“, über die „Arbeiterjugend im wirtschaftlichen und politischen Leben“ und die Aussprache über unser Verhältnis zu den Jungsozialisten machten den Inhalt der Göttinger Tagung aus.

Wir stehen mitten im politischen Leben. Die Bogen einer aufgeregten Zeit branden an uns vorüber. Wir sollen mit zunehmendem Alter an den Geschicken und dem Befreiungskampf unserer Klassen als denkende Menschen teilnehmen. Darüber hinaus haben wir noch im Gegensatz zu früheren Zeiten staatsbürgerliche Aufgaben zu erfüllen. Das wird schwer sein. Sind doch die meisten von uns mit einem Schulwissen ausgerüstet, welches gerade zum Broterwerb ausreicht. Hier muß unsere Bewegung helfend und fördernd eingreifen. Es gilt, der Arbeiterbewegung sozialistisch geschulte Menschen zuzuführen, mit denen sie ihre Kämpfe führen kann. Die Arbeiterjugend muß in unseren Reihen mit der sozialistischen Gedankenwelt vertraut gemacht werden. Wir müssen uns zum selbständigen Denken erziehen. Es kann oft beobachtet werden, daß die meisten vor einem festen Urteil zurückschrecken. Das ist nur darauf zurückzuführen, daß die Gewohnheit, nach den Entstehungsurachen eines Vorkommnisses zu forschen, fehlt. Die Erziehung zum Gemeinschaftsgeist, zum Opfergeist ist höchste ethische Forderung. Ebenso müssen Wahrheit und Gerechtigkeit einen guten Klang in unseren Reihen haben. Wir müssen nicht nur instande sein, uns frei und ehrlich gegenüberzutreten zu können, sondern auch dem Gegner. Dann wird nicht ausbleiben, daß auch die Politik als ehrliches und aufrichtiges Ringen um eine reine, bessere Menschheitsgemeinschaft betrachtet wird.

Wir betonen unsere kulturelle Einstellung. Wir wollen mit Meiß und Ausdauer an der Verwirklichung unserer Ideen arbeiten. Wir sind uns aber vollkommen bewußt, daß das wirtschaftliche Leben der wichtigste Faktor in unseren Kämpfen ist und bleibt. Die wirtschaftlichen Zustände beeinflussen entscheidend politisches Denken und Handeln. Und so ist es nur selbstverständlich, wenn wir vor allem auch eine großzügige und angespannte wirtschaftliche Aufklärung innerhalb des Jungproletariats betreiben. Denn diese Erziehung bedeutet den Unterboden unserer weiteren Arbeit. Die Gewerkschaften und die Partei sind im Besitze der Mittel zum Kampfe um unsere wirtschaftlichen Interessen. Als Gegenleistung dafür stärken wir diesen Organisationen den Rücken, indem wir in unseren Reihen neue Kämpfer mit der Erkenntnis wirtschaftlicher und politischer Dinge ausrüsten. Das ist in großen Zügen der Inhalt der beiden wichtigen Referate.

Es ist bekannt, daß auf jeder Reichskonferenz bisher die Frage der Altersgrenze zur Verhandlung stand. Wichtiger als diese ist diesmal die Aussprache über eine engere Verknüpfung von Jungsozialisten und sozialistischer Arbeiterjugend gewesen. Wenn nicht weiterhin viel Kraft und Arbeit verlorengehen soll, so ist es notwendig, daß ein festes Verhältnis zwischen beiden Organisationen geschaffen wird. Die politische Abneigung, welche heute noch gegen die Jungsozialisten bei der Arbeiterjugend besteht, muß schwinden und ein enges Vertrauensverhältnis an ihre Stelle treten. Das liegt durchaus im Bereiche der Möglichkeit, wenn die Jungsozialisten instande sind, sich auf die Bedürfnisse und Wünsche der Arbeiterjugend einzustellen, und andererseits die sozialistische Arbeiterjugend nichts unversucht läßt, um alle Jugendgenossen, welche unserer Organisation entwachsen sind, den Reihen der Jungsozialisten zuzuführen.

Es muß nun gelingen, die Forderungen der Reichskonferenz unseren großstädtischen Verhältnissen anzupassen. Klar und schlicht müssen wir unserem kulturellen und wirtschaftlichen Willen Ausdruck verleihen. Schwere Bewitterwolken ziehen am politischen Horizont von neuem auf. Schon flackert an manchen Orten das Feuer der Verzweiflung auf. Hunger treibt die Menschen zur Gewalt. Da dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Helfen wir unseren Brüdern und Schwestern, indem wir eisernen Willen bekunden, uns die Mittel anzueignen, die es uns möglich machen, im gegebenen Augenblick in die Phalanx unserer kämpfenden Arbeitsbrüder einzutreten.

Wissenschaft oder Utopie?

Von einem sozialistischen Studenten.

In seinem Artikel „Der sozialistische Student und die Partei“ (Nr. 3 des Jugend-Vorwärts) sprach Genosse Stammer davon, daß die Partei „ein positives Verhältnis zum Staat“ habe, wobei er die Arbeit aus der Herausbildung dieses positiven Verhältnisses mit zu den Aufgaben der sozialistischen Studenten zählte.

Hierin liegt aber eine tiefe Verleugnung des Wesens dessen, was man vom sozialistischen Studenten im Interesse der Bewegung verlangen kann, und was somit auch die Grundlage für das Wirken der sozialistischen Studenten innerhalb der Partei abgeben würde.

Von einem Sozialisten, der die Gelegenheit zum Studium hat, muß und wird verlangt werden, daß er auch an keine Arbeit in der Partei mit wissenschaftlichen Kriterien herontritt, daß er in die Partei den Geist der Wissenschaftlichkeit, d. h. den Geist der vorurteilsfreien Forschung und Kritik trägt. Daraus erwächst ihm die Aufgabe einer kritischen Revision aller hergebrachten Dogmen und Doktrinen, aber auch die Pflicht, sich des Herbringens neuer Glaubensdogmen und unwissenschaftlicher Kategorien in die Bewegung unter allen Umständen zu enthalten.

Der „Geist der Problematik“, von dem Genosse Stammer spricht, scheint uns mit dem Geiste wissenschaftlicher Kritik keineswegs identisch zu sein, in sich vielmehr die Gefahr der Konstatierung von allen möglichen „positiven Verhältnissen“ zu bergen. Und das ist es, wogegen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden müssen.

Ist die Vertiefung des wissenschaftlichen Sozialismus Aufgabe eines jeden Sozialisten, der sich mit der sozialistischen Theorie befaßt (um wieder mehr also jener, die sich speziell wissenschaftlicher Arbeit zu widmen in der Lage sind), so bedeutet sie kritische Auseinandersetzung mit sämtlichen „positiven Verhältnissen“ der Wissenschaft und des praktischen Lebens, nicht aber Vermehrung des Dyzans „positiver“ Glaubensbekenntnisse um eilige neue.

Es ist ein nicht entsetzliches genug zu beklammendes Gebrechen der sozialistischen Bewegung nach dem Kriege — hervorgerufen durch dessen psychologische Nachwirkungen sowie durch die allgemeine Enttäuschung großer Massen des Proletariats infolge des Scheiterns der Revolution und der sich immer verschärfenden wirtschaftlichen Krise —, daß sie jegliche kritische Auseinandersetzung mit ihren tatsächlichen und politischen Methoden ängstlich meidet, daß sie krampfhaft sucht, sich im allgemeinen Hin und Her der Entwicklung wenigstens an etwas unumwandelbar „Positives“ zu klam-

mern, — sei es die „festgefügte Form der Parteiorganisation“ oder die „bewährten Arbeitsmethoden“, sei es „Bejahung des Staates“ oder „Stabilisierung der Part“... Wie es andererseits typisch für alles Suchen, für alle Erneuerungs- und Reformversuche im geistigen Leben des Sozialismus (so vor allem in der Jugendbewegung) geworden ist, nicht vorwärts zu gehen auf dem Wege des kritischen Schaffens neuer Kulturwerte, sondern sich in maßlosem Nuscheln in längst überholte Methoden des „freudigen Lebens“, der kritiklosen „Bejahung“ und der „positiven Verhältnisse“ zurückzuwerfen, ob nun deren Gegenstand „Gemeinschaftslehre“ oder „Staat“, „Weltrevolution“ oder „Republik“... (Schließlich ist ja auch die kommunistische Bewegung nur eine besondere Erscheinungsform dieser, ich möchte sagen, utopisch-sozialistischen Einstellung.)

Hier Wandel zu schaffen, sollte die vornehmste Aufgabe der jungen Generation sein, des zukünftigen Trägers der Bewegung, und in erster Linie ihrer wissenschaftlichen Hilfstruppen, der sozialistischen Studenten (soweit sie natürlich als solche anzusehen sind).

Arbeiterjugend und Literatur.

Von G. Eggow-Kausdorf.

Die Arbeiterjugend ist eine Kulturbewegung. Mit größtem Interesse verfolgt sie alle Vorgänge auf kulturellem Gebiete; sie will, daß die Kulturgüter allen Menschen zugänglich gemacht werden. Sie bekämpft aber auch mit großem Nachdruck allen Schmutz und Schund, der sich in Kunst und Literatur breit macht und das gesunde Empfinden der Jugend zu vernichten droht.

Die Jugend bedarf einer Literatur, die von der der Erwachsenen ganz verschieden ist. Breite, epische Erzählweise widerspricht dem Wesen der Jugend. Latenz und lebensfreudig muß die Literatur der Jugend sein, wie es ja die Jugend selbst ist. Dieses ganz gesunde Empfinden der Jugend macht sich die Schundliteratur zunutze, die ja dem Leser eine Sensation nach der andern bietet. Um der Schundliteratur entgegenzuwirken, besitzen fast alle Abteilungen unserer Bewegung eine eigene Bibliothek, wo der Jugend gute, gediegene Schriften in die Hand gegeben werden, die speziell für die Jugend bestimmt sind. Bei der Zusammenstellung von derartigen Bibliotheken muß besonderer Wert darauf gelegt werden, daß das Unterhaltungsbedürfnis der Jugend nicht zu kurz kommt. Sogar man mir nicht, daß es solche Bücher nicht gibt! Unsere deutsche Literatur bietet für jede Altersstufe, für jeden Geschmack gute Werke.

Die Arbeiterjugend soll sich aber auch mit allen Wissensgebieten vertraut machen. Populär-wissenschaftliche Werke sollten in keiner Bibliothek fehlen.

Besondere Beachtung muß auch dem Jugendbibliothekar gewürdigt werden. Die Jugend betrachtet ihn gewöhnlich als unrichtig. Und doch ist die Bibliotheksfürsorge eine Frage von großer Bedeutung, hängt doch hieron zu einem großen Teile die künstlerische Erziehung der Jugend ab. Der Bibliothekar muß selbst gut lesen sein, er muß das Bedürfnis der Leser, ihre geistige Einstellung usw. gut kennen, um ihnen geeignete Bücher in die Hand geben zu können. Und das ist gerade bei der Jugend eine schwere Aufgabe, der nicht jeder gewachsen ist!

Rum zum Schluß noch einige Worte über die Bücher der Arbeiterjugend-Vereine. Sie sollen die Jugend einführen in verschiedene kulturelle und wirtschaftliche Fragen, die für die Jugend von Bedeutung sind. Und durch ihre innere Ausgestaltung — kürzere Darstellungen, Gedichte und Skizzen wechseln miteinander ab —, werden diese Bücher zu Jugendbüchern im wahren Sinne des Wortes. Trotz der Unvollständigkeit sind sie innerlich geläutert und bieten auch dem Erwachsenen einen reichen Wissensstoff.

Kommunismus in Rheinsberg.

Von W. Spengler.

Ein Pfingsterlebnis noch. Ich hatte mir vorgenommen, nicht weiter darüber zu sprechen, ich wollte es als gelungenen Witz betrachten und den Mantel usw. Die Dinge nehmen aber jetzt eine Wendung, daß es vielleicht nicht gut ist zu verschweigen, was während, was beleuchtend wirken kann.

Erster Pfingsterfesttag. Sonne über der Welt, Sonne über Rheinsberg. Wir saßen im Kronprinzen und tranken unseren Morgenkaffee. Plötzlich — — Klompfenklang — — Niedersturz: „Vrechet das Joch der Tyrannen, das uns solange gequält. Schmetzelt die blutroten Fahnen über der Arbeiterwelt!“ — „Na nu, denke ich, na nu, Revolution in Rheinsberg? Sowaß ist zumindest stilllos!“

Und dann kommt es um die Ecke. Jugend mit blutroten Fahnen. Und auf den blutroten Fahnen ist Sichel und Hammer. Das Kennzeichen der russischen Fahne. Das Kennzeichen des Kommunismus.

Sie kommen die Hauptstraße herab, am Denkmal des Kronprinzen vorbei. Sie kommen in strammen Schritt und Teilt, eingeteilt in Gruppentafeln. Ad und zu ein Ruf: „Abstand halten!“ „Wacht, Kommando. In Rheinsberg ist kommunistischer Jugendtag.“

Die Musik spielt ein russisches Lied. Dann geht der Sprecher los. Viel guter Wille. Im übrigen gelingt es arg daneben. Der Sprecher spricht Oskar Konech. „Das Korn soll verkaufen, wenn es uns nicht nährt, die Schornsteine — —“, so man weiß schon. „Julejt: Heraus aus den Betrieben!“ „Auf die Straße!“ „Heraus aus den Betrieben!“

„Na nu, denke ich, na nu? Oskar Konech? War der Anno damals, beim Schauspielertret nicht Streifbrecher? Ruhte man ihn nicht an den Haaren von Rotters Bühnen jeren? Doch Herr Konech an seinen Bühnen bestrebt ist, „lästigen Braken“ für den Bourgeois herzustellen, sei ihm an dieser Stelle verliehen. Ueberhaupt: das Ganze war eben ein Regiefehler. Von Herrn Konech? Vom kommunistischen Jugendtag? Wir wollen uns dabei nicht aufhalten — — es naht die Bestrede.“

„Nicht zu Spiel und Tanz wie die anderen“ — er meint die sozialistische Jugend —, „sondern zum Kampf sind wir hierhergekommen.“ Kampf gegen die Faschisten, Kampf gegen die Hochzeit der Internationalen in Hamburg und überhaupt und so. „Herr Genering hat unsere Hundertschaften verboten. Wir werden weiter rüsten, wir lassen uns nicht verbieten!“ Er jagt das mit dem Brustton der Entrüstung.

Schließlich bekommen die Faschisten ihr besonderes Kapitel. Viel Unfuss, viel Vermutungen, einige bittere Tatsachen. Über nun: Die Faschisten wären längst verschwunden, wenn sie nicht vom jüdischen Kapital finanziert würden! — Da haben wir's. Die Juden sind es! Die Juden!

Schluß. Die Internationale. Admarck, Kommando: „In Gruppentafeln — — rechts schwenkt!“ Ruf: „Abstand halten!“ — — Das Ganze halt! — —

Der Kronprinz vorm Schloßpark zu Rheinsberg lächelt.

